Kolonisierung Europas

Landbau und Industrie in Europa.

Mit dem „Würde und Festigkeit" bewahren", ist es nun endgültig getan. — Aufgescheucht, gleich einem Schwarzu wilder Gänse, die als ersehnte Jagdbeute hin und her treiben, sind die Spitzen dieser heutigen göttlichen Weltordnung. Weltteile kommen in Bewegung als Wirtschaftseinheit, gegen andere Weltteile. Da, wo früher einzelne national begrenzte Industrien aneinander gerieten, stehen heute Weltindustrie-Vertrustungen, die hinter sich mitschleifen Heer, Flotte, ganze Staaten. Ein wirtschaftliches Chaos steigt auf, das nicht mehr geniedet werden kann. Vor allem ist es Europa, das aus allen Poren schwitzt und blutet.

Der Haag und London, zwei Weltkonferenzen, sollen Friede und Wohlfahrt da bringen, wo die Anatomisierung stattfinden muß. Der Chirurg ist da am Werke. Gliedmaßen Europas zu amputieren, wo doch nach der Anatomie nur die Krematorien in Frage kämen. — Streiter in der Wüste tauchen auf. Vor allem ist es Briand, Frankreichs geschäftiger Außenminister, der Europa unter das Messer nehmen will. Unablässig tritt er für eine sofortige Föderation der Staaten Europas ein. Eigentlich ist es eine Art „Truststaaten-Sozialismus", was da seinem Hirn entspringt. Teilung von Landbau-Europa und Industrie-Europa. Jede politische und Sprachengrenze wird dabei in den Hintergrund gerückt. Alle fruchtbaren Landstrecken werden freigemacht für den Landbau, die Zollmauern innerhalb der Föderation verschwinden. Zusammenhängend damit tritt in Aktion ein homogener Wirtschaftsmarkt der Lebensmittel und Bodenprodukte im Ueberfluß hervorbringt. Der Markt muß selbständig gegenüber der außereuropäischen Wirtschaft stehen. Da eine Föderation auf industriellem Gebiet die Eifersüchteleien der Staaten untereinander sofort hochbringen würde, so soll vom Beginn an, die Scheidung von Landbau und Industrie nicht innerhalb von Landesgrenzen vorgenommen werden. Der europäische Markt wird fest umrissen. Seine ökonomischen Grenzen sind die Meere, die Europa umgeben. Die sozialen Grenzen beginnen beim finnischen Golf und enden beim Dnjester. — Zentren für Industrie und Landbau unter Federationsleitung regeln dann Verteilung, Absatz und Export. Diese Federationsleitung hätte auch die notwendige Einfuhr zu regeln.

Soweit französische Zukunftspläne. Nun wird die Tagung im Haag auch in London Uebereinkünfte hervorbringen, die von politischen Gaunern, die in Demokratismus machen, als beginnende Rettung und als Etappe zum ewigen Frieden bejubelt werden. — Denkende Arbeiter werden sich durch solche billige Fanfarenmusik nicht einlullen lassen. Die Tatsache des Sehens und Erlebens kann nur ein Lächeln über die verbrauchte Druckerschwärze, die zur „Ueberzeugung" gebraucht wird, hervorrufen. Wenn man allein an den Expansionsdrang Italiens, „unser vielgeliebtes Deutschland" nicht vergessen, denkt, und sei es auch nur eine „Ethische Expansion", dann sieht man diese Europäische Federation halb Landbau-, halb Industrie-Europa, gleich Seifenblasen zerrinnen.

Der alles beherrschende Faktor USA.

Sehen wir uns ein wenig nach dem amerikanischen Weltteil um. Sehen wir uns die Politik, das ökonomische Handeln der Vereinigten Staaten von Nordamerika an und dann begreifen wir, daß in Europa heute schon Kräfte am Werke sind, die im Auftrage, ja im direkten Dienst von amerikanischen Finanz- und Industrie-Gruppen handeln. Kräfte, die über die die bodenständigen Europas und eines dessen typischen Vertreters, Herrn Briand, längst hinausgewachsen sind. Ein einziges Beispiel kann das illustrieren: Dr. Hilferding fiel durch Manipulationen des Reichsbankpräsidenten Schacht. Dieser handelte wieder als Mundstück des Reparationsagenten Parker Gilbert. Gilbert hat freundschaftlichste Beziehungen zur Morgangruppe. — In der Handelspresse des Auslandes, schrieb man auch anläßlich des Sturzes von Dr. Hilferding, daß Morgan in Paris selbst Schritte unternommen hätte, um Deutschland unter schärfsten Druck zu nehmen. Amerikanische Finanztreise warn in Streik gerieten um den Profit. Hilferding war dabei, sich auf eine Finanzgruppe, der das Bankhaus Dillon, Read & Co. angehört, festzulegen: Morgan fuhr dazwischen — und erwies sich als stärker. Jetzt tritt Deutschland finanzielle Regelungen mit USA. — und Morgan wird dabei der führigste Maneger sein.

Doch den amerikanischen Markt selbst betrachten, seine Uebersättigung erkennen, und dann von einem friedlichen Zusehen von USA. schwafeln, wie Europa seine beschränkten Tatzen ausstrecken will, nun, mit Respekt gesagt, das können nur Mondkälber. — Jahr für Jahr sieht USA., wie sein Prestige, politisch wie ökonomisch, wächst. Europa gerät in jeder Minute mehr in Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten. Die Industrie-Expansion nach Europa hinüber macht ungeheure Fortschritte. Anleihen, Zinsendienst, Ablösung alter Staatsschulden, treiben jeden europäischen Staat, ob groß oder klein, in die Hände der amerikanischen Industrie. Europa eroberte die Kolonien mit Schnaps und Bibel und rückte mit Kanonen nach. — Amerika erobert Europa mit Anleihen — und läßt, jetzt noch im Hintergrunde, seine technisch alles überragende Militärmacht mitsprechen. Die USA.-Invasion tötet jeden selbständigen Industriekern in Europa ab. Vor allem jetzt, wo die Wirtschaftsschlappe im eigenen Lande wütet, kann Europa sich noch auf was gefaßt machen. Aus vielen soll nun einiges herausgenommen werden. Henry Ford und General Motors haben heute die ganze europäische Autoindustrie unter ihrem Diktat. Der General Elektric-Trust hat sich zum Haupteilhaber der AEG. aufgeschwungen und hat damit fast die ganze europäische Elektrizitätsindustrie in der Tasche. Der Patentstreit in der Sprechfilm-Industrie zeigt auch den amerikanischen Meister, nicht infolge der technischen Ueberlegenheit, sondern wegen der erdrückenden Kapitalkraft. — Wenn Stresemann und Herriot versuchten, teilweise mit Erfolg (Eisen-, Stahl-, Erz-Kartell), die europäische Industrie aneinander zu koppeln, so taten sie es als Staatsleute, um Europas Markt möglichst selbständig zu erhalten. Der Plan, gut durchdacht, ist durchbrochen und das Kartell als europäisches Bollwerk gedacht, schwimmt bedenklich auf amerikanischen Obligationen.

Amerika liefert auf Papierscheine an Europa. Ganz Europa lebt auf Pump aus der Tasche von USA. Die ganzen Währungen, das ganze Betriebs-Wirtschaftsleben Europas ruht auf dem Fundament einiger USA.-Riesen-Finanzgruppen. So ist es jedem Arbeiter auch ohne weiteres einleuchtend, daß kein Land Europas Politik und Wirtschaft gegen die amerikanischen Usurpatoren richten kann, — undenkbar ist das Privatkeiptum in der kapitalistischen Gesellschaft.

Lage europäischer Länder.

Revue sollen einige Länder passieren. Ihre Lage betrachten, heißt auch ihren stets abbröckelnden Wirtschaftsbau erkennen. Damit soll, kann nicht gesagt sein, daß die kapitalistische Wirtschaft heute schon am Ende ihres Lateins ist. Nirgends wird die kapitalistische Wirtschaft von außen her angetastet. Selbst in ihren eigenen Widersprüchen baut sie sich ab. Wir müssen auch noch untersuchen, was für Methoden und Wege sie einschlagen kann, um das kapitalistische System so lange wie nur möglich aufrecht zu erhalten.

England. Kein Land geht seit Kriegsende so gebückt unter ökonomischen Schwierigkeiten. Produktionskapazität und Absatzmöglichkeit stehen gegeneinander wie Feuer und Wasser. Der Zustand der Textilindustrie ist geradezu ruinös. Die Eisen- und Stahlindustrie wird infolge Konkurrenzunmöglichkeit vom Innen- und Außenmarkt abgedrängt. Der Prinz von Wales, der Thronfolger, der „erntgesehenste Mann in Englands tonangebender Welt", wurde dazu ausersehen, um Schmorrerei engros zu organisieren, zu Nutz und Frommen der verelendenden Arbeitslosen.

Deutschland nach England nennen, heißt einen Dallos mit einem noch größeren zu übertrumpfen. Wie hier alles ohne Grundlage ist, beweist die amerikanische Börsen-Panik. Eine Zeit schien es, daß das ganze Gebäude der Markwährung einstürzen werde. Sind die Folgen nun auch ein wenig gemildert, jedenfalls nicht auf Dauer. Dem eine Verpflichtung beseitigen durch eine neue, noch größere Verpflichtung, ist eine Manipulation, die sich ins Chaotische verlieren muß.

Polen zeigt seine Wirtschaftsmisere schon allein dadurch, indem 50 Städte gezwungen waren, die Zahlungen einzustellen. Das Eigentum der Magistrate wurde beschlagnahmt. In der Mehrzahl dieser Gemeinden wurde seit Jahr und Tag kein oder nur ein Teil des Soldes für die Beamten gezahlt. Pilsudski, Polens Diktator, will die Wirtschaft militärisch kurieren. Amerika, das Polens Finanzen unter Oberaufsicht hat, winkte bisher energisch ab.

Rußland — hier ist die USA.-Finanzoligarchie dabei, als Teilhaber der ganzen Staatswirtschaft „ohne Zwischenhändel" Form zur Stabilität zu geben.

Frankreich stellte seine Goldparität auf ein Fünftel vor dem Kriege ein (Frank 0,16 M., gegen 1914 0,80 M.). Die Münzwährung steht und fällt mit der Marxgruppe, die auch hier die „Stabilisation" durchführte. Angesichts der dadurch schon von selbst bedingten niedrigen Arbeitslöhne, des günstigen Rentenstandes, wirkten sich die ökonomischen Wirren in Frankreich nicht so hart bisher aus. Da aber auch dort eine kolossale Versteifung des Kapital- und Geldmarktes eingetreten ist, so werden auch in Frankreich die Kapitalswehen sehr bald heftige sein.

Italien kämpft zwischen Schein und Wirklichkeit. Die Münzstabilität ist viel höher getrieben, als die ökonomischen Kräfte des Landes es zulassen. Der „Erfolg" ist denn auch eine stets abwärtsgleitende Preissenkung, um ich dem Weltmarkt anzupassen. Riesige Teile des Proletariats werden so direkt dem Pauperismus zugeführt. Mussolini will mit Säbelgerassel nach außen Auspuff suchen, gegen die turmhoch sich anhäufenden Schwierigkeiten.

Spanien noch im europäischen Konzert erwähnen, heißt auch auf seine Währung hinweisen. Dieses Land wagte es noch nicht, seinen Peseta auf Goldstandard einzustellen. Inflationswirtschaft treibt man, um zu wissen, wo Auswege gesucht werden muß.

Holland soll hier als letztes Glied aufgeführt werden. Wahrscheinlich sind seine Finanzen noch die gesündesten Europas. Aber die Sturmzeichen wehen auch über Amsterdam, nach London, die größten Kapitalmarkt. Die Geld- und Kapital-Stagnation Europas größten Kapitalmarkt. Die Geld- und Kapital-Stagnation wirkt sich in diesem Handelsland erst jetzt richtig aus. Tabak, Zucker, Gummi, Kaffee machten riesige Sprünge nach unten. Der Landbau ist infolge der „niedrigen" Welt-Getreidepreise in schwieriger Lage. Die Transatlantischen Schiffahrtslinien können sich gegen die größeren Konkurrenten nur mühselig behaupten. Die Fusion von Philips-Splendor zeigt in Schattenrissen das Gesicht des General-Electric-Trust. Die Kunstseide-Industrie durch ihr Kartell mit dem deutschen Konzern kam dadurch indirekt unter USA.-Beherrschung. Die Kombination Margarine-Union mit dem englischen Lever Bros-Seifenkonzern bringt auch große Anteile in die Hände amerikanischer Finanzgruppen. Heute wird Holland noch ökonomisch durch seine Kolonien restützt. Die Zukunft wird auch hierin einschneidende Wirtschaftsverschlechterung größten Stils bringen.

Auf dem eigenen Erdteil, angegriffen durch einen anderen Erdteil, sacht Europas Kapitalismus neue Festigung in den Kolonien, in China. Sucht es durch Vorschiebung von Teilen der Arbeiterklasse eine Front der Abwehr aufzurichten. Darüber ein folgender Schlußartikel.

Der SPD.-Apparat

Aus einem Buche von Rudolf Feistmann mit dem obigen Titel bringen verschiedene Zeitungen eine Zusammenstellung der im SPD.-Apparat selbst Beschäftigten. Es sind immerhin schon an die 300 000, deren soziale Frage gelöst ist und für die der Klassenkampf zum Unsinn geworden ist. Die so Versorgten sind wie folgt untergebracht:

In den Parlamenten:

Reichstag	153
Reichsrat rd.	25
Reichswirtschaftsrat rd.	65
Landtage	529
Preußischer Staatsrat	24
Provinziallandtage	358
Kreistage	4 097
Stadtverordnetenversammlung	2 762
Gemeindevertretungen	31 348
Bürgermeister	689
Gemeindevorsteher	897
Besoldete Stadträte und Beigeordnete	520
zusammen	46 667
SPD.-Minister (1919—1929)	164
Höhere preußische Beamte (Landräte, Polizeipräsidenten, Oberpräsidenten, Ministerialdirigenten)	182
Aufsichts- und Verwaltungsräte staatlicher Betriebe	131
Aufsichtsräte der wirtschaftlichen Unternehmungen der SPD. rd.	1 600
Beamte der inneren preußischen Verwaltung	15 000
Beamte anderer Länder	4 000
Angestellte der Sozialpolitik rd.	50 000
Lehrer	6 000
Bei Parteischulen	1 500
Baukontrolleure, Gewerbeaufsichtsbeamte usw.	407
zusammen	289 551

Zusammen mit den Schreibhilfen verschiedener Gewerkschaften die hier nicht mit aufgeführt sind, den besoldeten ständigen Mitarbeitern der Presse, den Angestellten verschiedener Vereinigungen (Kleingärtner mit mehreren hunderttausend Mitglieder, Arbeiterangler (!) 20 000 Mitglieder, usw.) ist die Zahl von 300 000 weit überschritten. Dazu kommt der Riesentroß von Angestellten die in städtische und staatliche Verwaltungen von Parteiwegen hineingeschoben wurden, Aufsichtsräte bei privaten Gesellschaften usw.

Ein Staat im Staate, ein Stück Kapitalismus, das mit dem Gesamtkapitalismus immer mehr zusammenwächst. Es ist verständlich, daß es hunderttausende Postenanwärter gibt, die in der SPD. ihr Heil suchen. Ein Unsinn aber ist es, diesen mit der bürgerlichen Ordnung, mit Staat und Kapital vollständig verwachsenen Apparat durch Zellentaktik erobern zu wollen.

Immerhin war der preußische Militarismus noch besser organisiert, noch besser verwachsen mit der göttlichen Weltordnung, und er wurde gestürzt. Wenn in den Millionenmassen, die hier auf keine Pfründe im Parteiapparat rechnen können die Erkenntnis kommt, daß die SPD. und ihr Apparat nichts weiter ist als Kapitalismus der auf Ausbeutung der Massen angewiesen ist, dann wird es auch um diesen Koloß geschehen sein.

Organisatorische Mitteilungen

Zentralausschuß-Sitzung der KAP.

am 22. und 23. Februar in Berlin.

Provisorische Tagesordnung:

1. Politische Lage. 2. Union. 3. Berichte. 4. Organisatorisches.

Geschäftsführender Hauptausschuß.

Bücher-Ecke

Marxistische Bibliothek.

Band 1. N. Lenin: „Der Imperialismus als jüngste Etappe des Kapitalismus". Leinen 2,50 Mk.
Band 2. N. Bucharin: „Die politische Oekonomie des Rentners". Leinen 4.— Mk.
Band 3. Fr. Engels: „Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen Philosophie". Leinen 2,50 Mk.
Band 4. „Karl Marx als Denker, Mensch und Revolutionär". (Ein Sammelbuch, herausgegeben von D. Riazanow.) Leinen 3,50 Mk.
Band 5. J. Stalin: „Probleme des Leninismus". Leinen 4,50 Mk.
Band 5a. J. Stalin: „Probleme des Leninismus". (Zweite Folge.) Leinen 4.— Mk.
Band 6. J. Stalin: „Auf dem Wege zum Oktober". (Reden und Artikel von Februar bis Oktober 1917.) Leinen 3,50 Mk.
Band 7. K. Marx: „Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte". Leinen 3.— Mk.
Band 8. N. Lenin: „Agitation und Propaganda". Leinen 3.— Mark.
Band 9. N. Bucharin: „Der Imperialismus und die Akkumulation des Kapitals". Leinen 3.— Mk.
Band 10. N. Lenin: „Ueber Gewerkschaften". Leinen 3.— Mk.
Band 11. Th. Rothstein: „Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung in England". Leinen 5,50 Mk.
Band 12. N. Bucharin: „Imperialismus und Weltwirtschaft". Leinen 3,50 Mk.
Band 13. „Spinozas Stellung in der Vorgeschichte des dialektischen Materialismus". (Mit einer Einleitung von Hermann Dunker.) Leinen 3.— Mk.
Band 14. A. Thalheimer: „Einführung in den dialektischen Materialismus". Leinen 3.— Mk.
Band 15. J. Luppol: „Lenin und die Philosophie". Leinen 4 Mk.
Band 17. M. N. Prokrowski: „Historische Aufsätze". Leinen 3.— Mk.
Band 18. Lenin-Plechanow: „Tolstoi im Spiegel des Marxismus". (Ein Sammelband.) Leinen 3.— Mk.
Band 19. N. Lenin: „Staat und Revolution". Leinen 2,50 Mk.
Band 21. G. Plechanow: „Grundprobleme des Marxismus". Leinen 3.— Mk.
Band 22. E. Paschukanis: „Allgemeine Rechtslehre und Marxismus". Leinen 4.— Mk.

Zu beziehen durch die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: W. Tietz, Berlin-Wittenau. Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, W. Isedunat, Berlin O 17.

Bestellzettel

Ich bestelle hiermit die einmal wöchentlich erscheinende

„Kommunistische Arbeiter-Zeitung"

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

per Post — frei Haus

Der Bestellzettel ist als Drucksache oder persönlich an die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13, zu senden.

Name:

Ort:

Straße:

11. Jahrg Nr. 5

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die **Buchhandlung für Arbeiter-Literatur**, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.
Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.

Berlin, 1. Februar 1930.
Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Pl. 13.

Bei Bezug unter Streifband vierteljährlich 2,50 Mk. incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,18 und monatlich 0,86 Mk. Erscheint wöchentlich einmal.
Inserate werden nicht aufgenommen.

Die Legalisierung des Youngplans

Die Haager Konferenz ist beendet. Die deutsche Bourgeoisie hat nunmehr die Aufgabe, das Ergebnis der Haager Konferenz zu realisieren. Die Belastung durch den Youngplan ist noch durch weitere Zugeständnisse im Haag erhöht worden, die allein eine Milliarde ausmachen. Die deutsche Bourgeoisie hat noch an Belgien 400 Millionen Mark zu zahlen. Durch eine Verschiebung des Anfangstermins für den Youngplan sind weitere 400 Millionen fällig. Für Besatzungskosten sind 200 Millionen aufzubringen usw. Daneben hat die Koalitionsregierung noch einen weiteren „Erfolg" zu verzeichnen. Es hat dem französischen Kapital ganz offiziell das Recht auf Sanktionen zuerkennen müssen. Dadurch ist der Versailler Vertrag mit seinen Möglichkeiten eines militärischen Einmarsches, der Kreditdrosselung usw. ganz offiziell von der deutschen Bourgeoisie genehmigt.

Die deutsche Bourgeoisie hat es außerordentlich eilig mit der Durchführung des Youngplans. Bereits am 3. oder 4. Februar sollen die notwendigen Gesetzesvorlagen dem Reichstag zugehen. In Betracht kommen hauptsächlich das Schlußprotokoll der Haager Konferenz, in dem die Beteiligung der Reichsbank an der Bank für Internationale Zahlungen (BIZ. — Reparationsbank) enthalten ist, mit den Ausführungsgesetzen zu den Liquidationsverträgen. Diese Verträge sind zwischen der ersten und zweiten Haager Konferenz mit dem englischen Kapital über die Herausgabe der Ueberschüsse aus der Liquidation des deutschen Eigentums geschlossen. Danach behält England die bisherigen Ueberschüsse im Werte von 300 Millionen Mark und gibt lediglich das noch nicht liquidierte Eigentum in Höhe von 70 Millionen Mark frei. Es ist dies ein „Erfolg" der internationalen Verbrüderung der zweiten Internationale. Genosse Snowden hat diesen Betrag für das englische Kapital gerettet. Die deutsche Sozialdemokratie hat so am eigenen Leibe verspüren müssen, wieviel die Internationalität, wieviel die Macdonald und Genossen in der Praxis wert sind und was ihre begeisterte Zustimmung zu der Liquidierung des Weltkrieges bedeutet. Der Vertrag mit Polen ist noch weit ungünstiger. Das französische Kapital hat ihn Deutschland aufgezwungen. Es ist hier nicht der Raum auf Einzelheiten einzugehen. Außerdem ist ein weiteres Gesetz über das neue Reichsbahnstatut und schließlich noch ein Gesetz über das neue Reichsbankstatut vorgesehen.

Die Reichsregierung rechnet damit, daß der Reichstag in zwei Wochen die Gesetzentwürfe zum Youngplan durchberatet, so daß die Ratifizierung am 20. Februar vollzogen werden könnte. Im Haag hat man sich auch mit der französischen, englischen, belgischen Regierung geeinigt, so daß der Youngplan ungefähr um dieselbe Zeit allgemein Gesetz werden dürfte.

Die deutsche Bourgeoisie hat als schönstes Geschenk im Haag eine internationale Anleihe von 1,2 Milliarden durch das amerikanische Kapital unter Führung von Morgan erhalten. Das ist der Anfang der berühmten Mobilisierung der Reparationsschuld. Von diesem Betrage soll das französische Kapital 800 Millionen erhalten, während Deutschland als Anleihe für die Reichsbahn und Reichspost mit 400 Millionen Mark abgefunden wird. Es hat für dieses Geschenk noch die weitere Belastung übernehmen müssen, daß es Auslandsanleihen bis zum 1. Oktober 1930 bzw. 1. 4. 1931 nicht aufnehmen darf.

Die Kassenlage des deutschen Reiches ist trotz des Ueberbrückungskredites verzweifelt. Die Kreugeranleihe und die Auslieferung der Zündholzindustrie an den Schwedentrust bringt nur eine geringere Besserung. Für Ultimo Juni rechnet man mit einem Fehlbetrag von 273 Millionen Mark, der nur durch die Annahme der Kreugeranleihe ausgeglichen werden kann. Die schwebenden Schulden des Reiches belaufen sich auf über 1,7 Milliarden. Auf Grund der verschärften Wirtschaftskrise muß mit weiteren erhöhten Fehlbeträgen gerechnet werden. Der Einnahmeausfall bis Ende November beläuft sich allein auf 180—200 Millionen Mark. Weiter muß aber noch mit erheblichen Fehlbeträgen wegen der notwendigen Zuschüsse für die Arbeitslosenversicherung gerechnet werden. Der Schatzanweisungskredit von 350 Millionen Mark, den Schacht Ende Dezember 1929 geschafft hat, muß in 6 Raten zu je 50 Millionen zurückgezahlt werden. Der Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer glaubt, bis Ende September ohne neue Kreditaktionen auszukommen, wenn die Kreugeranleihe bewilligt wird und außerdem der Reichstag für eine weitere halbe Milliarde Steuererhöhungen sorgt. Wieweit die Schwierigkeiten sind, geht noch daraus hervor, daß der Reichsbankkommissar die kurzfristige Kommunalverschuldung für Ende November auf 2 Milliarden RM. geschätzt, ohne daß er dabei die kommunalen Werke mitberücksichtigt. Die Gesamtschuld des Reiches, der Länder und der Gemeinden dürfte sich nach derselben Quelle auf 5 Milliarden Mark belaufen. Eine derartig enorme Summe durch Neuaufnahme von Auslandsanleihen langfristig unterzubringen, ist vollkommen unmöglich. Die deutsche Bourgeoisie glaubt aber durch die auf Grund der Haager Konferenz erfolgte Neuöffnung des französischen und amerikanischen Kapitalmarktes neue Auftriebsmöglichkeiten zu haben. Die 400 Millionen-Mark-Anleihe soll in gleicher Weise wie die Dawesanleihe im Jahre 1924 wirken. Auf den französischen Geldmarkt hofft man ganz besonders. Eine Verbrüderung des deutschen mit dem französischen Kapital wird vorbereitet. Der neue Geldgeber muß in Sicherheit gewiegt werden. Dem französischen Kapital wird eingeredet, daß es nichts besseres tun kann, als seinen Geldüberfluß in Deutschland anzulegen. Auf dieses Liebeswerben hat bisher das französische Kapital noch nicht reagiert. Die Zugeständnisse im Haag an Frankreich sind nur im Hinblick auf diese Geschäftsmöglichkeiten gemacht worden.

Das deutsche Kapital weiß, daß die Voraussetzung für Aufnahme irgendwelcher Kredite eine vollkommen neue Fundierung der Grundlagen seiner Wirtschaft ist. Es hat seine Lage in den beiden letzten Jahren nach der Konjunktur von 1927 bewertet und verschlechtert, weil es glaubte, auf dieser Basis bessere Revisionsmöglichkeiten des Dawesplans zu haben. Außerdem war mit diesem offiziellen Pessimismus gleichzeitig die Absicht verbunden, dem deutschen Proletariat die gesamte Belastung durch den Youngplan aufzuerlegen. Das deutsche Kapital erklärte sich außerstande, ohne ausländische Kredite die Erfüllungspolitik aufrecht erhalten zu können. Gleichzeitig versperrte es sich selbst durch Schilderung seiner Lage den Weg zu den ausländischen Krediten. Dabei muß berücksichtigt werden, daß tatsächlich die Lage des deutschen Kapitals außerordentlich schlecht war und zwar verstärkt durch bewußte eigene Maßnahmen. Dem deutschen Kapital kam es im wesentlichen darauf an, die Umstellung seiner Wirtschaft auf eigener Grundlage vorzunehmen, um sich eine stärkere imperialistische Stoßkraft zu verschaffen. Es wollte jetzt rücksichtslos, nachdem es die Rationalisierung durchgeführt und seine Industrie auf Weltstandard gebracht hatte, die Arbeiterschaft zwingen, die Begleichung der Kriegskosten restlos zu übernehmen. Die sozialdemokratische Partei, die nichts mehr fürchtet, als ein Scheitern der Erfüllungspolitik, weil sie sich politisch und wirtschaftlich nur durch die Erfüllungspolitik halten kann, mußte wohl oder übel den ihr vom Kapital vorgeschriebenen Weg gehen. Die Bourgeoisie wollte den Youngplan aber ohne Belastung durch den Youngplan. Sie wollte ihn als innen- und außenpolitisches Geschäft. Die Kosten sollte aber die Arbeiterschaft übernehmen. Die Aufgabe der Sozialdemokratie war nun für die Uebernahme dieser Kosten durch die Arbeiterschaft Sorge zu tragen.

Dabei müsse sie den Widerstand der revolutionären Arbeiterschaft überwinden, die im schärfsten Gegensatz zu der Erfüllungspolitik stand und sich dagegen mit allen Kräften wehrte, noch die Zeche für die Bourgeoisie zu zahlen. Die Wirtschaftskrise hatte bereits die Gegensätze zwischen der reformistischen und der revolutionären Arbeiterschaft auf die Spitze getrieben. Drei Millionen Erwerbslose lagen auf der Straße. Die Koalitionsregierung verweigerte aus kapitalistischen Profitrücksichten jede Unterstützung. Die Arbeiterschaft war zum Kampf gezwungen. Die Bourgeoisie und die Sozialdemokratie brauchten zur Einigung mit den Gläubigermächten absolute Ruhe und Ordnung. Gegenüber der sich immer mehr verschärfenden Hungersnot war ein Ablenkungsmittel notwendig. Als zivilisierte Europäer konnte die Sozialdemokratie nicht den alten zaristischen Ruf „schlagt die Juden tot" aufnehmen. Sie hätte sonst auch ihren faschistischen Feinden in die Hand gearbeitet. Außerdem war diese Parole beim internationalen Finanzkapital nicht beliebt. Das Schreckgespenst des Bolschewismus ist für die Demokratie dasselbe wie der Pogrom für den Zaren. Die Kommunisten sind an allem schuld. Sie sind der Herd der Unruhe. Sie stören den reibungslosen Verlauf der kapitalistischen Ordnung. Nieder mit den Kommunisten. Schlagt sie tot. Das ist der Wodka, mit dem das deutsche Proletariat über sein Elend hinweggetäuscht werden soll. Die Kommunistenhetze verdeckt nur die Ausbeutungspläne der Bourgeoisie. Die sozialdemokratische Presse beschäftigt sich nicht mit der Massenausplünderung. Sie beschäftigt sich nur mit der Niederschlagung der Kommunisten. Alle Verbrechen, die in der Welt passieren, werden von den Kommunisten ausgeübt. Die sozialdemokratische Presse tobt und beweist jeden Tag, daß die Kommunisten ein elendes Häuflein sind, daß die Arbeiterschaft mit ihnen nichts zu tun hat. Trotzdem geht das Gespenst des Kommunismus um. Es muß umgehen. Die deutsche Bourgeoisie, die deutsche Sozialdemokratie muß ihren Youngplan durchbringen. Zwei Wochen Frist. Kaum ist das Reichskabinett vom Haag zurück, schon wird Belagerungszustand verhängt. Der Youngplan kann nur unter dem Belagerungszustand durchgeführt werden. So eilig ist sich das deutsche Volk über seine Notwendigkeit. So eilig hat es jährlich 2 Milliarden Steuern zum höheren Glanze Deutschlands aufzubringen. Diese neue Ruhmestat der Sozialdemokratie kostet nach den neuesten statistischen Erhebungen jedem Haushalt 200 Mark jährlich. Diesen ungeheuren Betrag muß sich der deutsche Arbeiter vom Leibe absparen. Sein an und für sich schon geringes Einkommen wird noch weiter verringert, damit die deutsche Bourgeoisie leben, Kapital akkumulieren kann. Die deutschen Arbeitervertreter werden für diese Ausbeutung stimmen. Sie werden auch gleichzeitig die Mittel bewilligen, um die mit dieser Ausbeutung nicht einverstandene revolutionäre Arbeiterschaft niederzuschlagen, damit in Deutschland die „Vernunft" siegt. Es gibt noch Arbeiter, die es unverständlich finden, warum sie noch 200 Mark jährlich bewilligen sollen, damit die deutsche Bourgeoisie ihre imperialistischen Pläne verwirklichen kann. Die deutsche Bourgeoisie spart nicht an dem Militäretat, an der Bezahlung von Offizierspensionen, am Beamtenapparat, an den hohen Gehältern. Sie spart durch die Sozialdemokratie an Arbeitslohn. Sie erhöht die Lebensmittelpreise. Eine neue Teurungswelle rast durch Deutschland.

Was tut die Arbeiterschaft. Die KPD. inszeniert Teilkämpfe oder läßt die Arbeiterschaft in den Teilkämpfen verbluten. Sie führt keinen politischen Kampf. Sie bereitet keinen Generalstreik vor. Ihr Ziel ist Demonstrationsverbote zu durchbrechen, Teile der Arbeiterschaft nutzlosem Blutvergießen auszusetzen, trotzdem ihr bekannt ist, daß solche Teilkämpfe zwecklos sind, daß sie nicht die Entwicklung zum Generalstreik fördern, im Gegenteil auf diese Weise gelingt es der Bourgeoisie und ihren sozialdemokratischen Lakaien einen Teil der Arbeiterschaft nach dem anderen niederzuschlagen. Der Kampf kann nur so geführt werden, daß die Arbeiterschaft in den Großbetrieben, die Erwerbslosen auf den Arbeitsnachweisen, zu einer Einheit fest zusammengeschlossen werden. Ihr Kampfwille darf sich auch nicht bloß auf Bewilligung von Resolutionen erstrecken. Die Bourgeoisie muß wissen, daß diese Resolutionen nicht Papier sind, sondern daß der volle Ernst der Tat hinter ihnen steht. Die Bourgeoisie hat im Laufe der letzten 10 Jahre gelernt, daß Drohungen nur Drohungen bleiben.

Wenn sie weiß, daß die Arbeiterschaft fest zum Kampf entschlossen ist, daß alle Mätzchen der Sozialdemokratie nichts helfen, dann wird sie sich auch im Willen der Arbeiterschaft fügen. Daß dies nicht kampflos vor sich gehen wird, ist selbstverständlich. Wenn die Arbeiterschaft zurückweicht, so ist ihr Schicksal auf Jahre hinaus besiegelt. Es bleibt daher nichts weiter übrig als der Kampf.

Franz Mehring

Zur Literaturgeschichte.*)

Am 29. Januar wurden es elf Jahre, daß Franz Mehring starb. Der Meuchelmord an seinen Freunden Liebknecht und Luxemburg, gab dem durch lange — mit freundlich grinsender Zustimmung der Sozialdemokratie erfolgten — Schutzhaft ausgemergelten Körper den Rest. Mit Franz Mehring verlor das internationale Proletariat seinen größten Historiker und kühnsten und genialsten Publizisten. Die Persönlichkeit, das Wesen und die Leistung des Kämpfers Mehring sind am treffendsten in einem Briefe ausgedrückt, den seine Kampfgenossin Rosa Luxemburg ihm aus Anlaß seines 70. Geburtstages schrieb. Dieser Brief lautet:

„Sehr verehrter Freund! Sie müssen mir gestatten, hier nur die wenigen Worte zu wiederholen, die ich Ihnen mündlich zu sagen suchte, weshalb mir Ihre Persönlichkeit und Ihre Wirksamkeit besonders teuer sind und immer bleiben werden. Sie stehen bei uns seit Jahrzehnten auf einem eigenen Posten, den niemand außer Ihnen verwalten kann. Sie sind der Vertreter der echten geistigen Kultur in all ihrem Glanz und Schimmer. Wenn nach Marx und Engels das deutsche Proletariat der historische Erbe der klassischen deutschen Philosophie ist, so sind Sie der Vollstrecker dieses Vermächtnisses gewesen. Sie haben aus dem Lager der Bourgeoisie und zu uns, ins Lager der Enterbten, gebracht, was noch an goldenen Schätzen der einstigen geistigen Kultur der Bourgeoisie übriggeblieben war. Durch Ihre Bücher wie durch Ihre Artikel haben Sie das deutsche Proletariat nicht bloß mit der klassischen deutschen Philosophie, sondern auch mit der klassischen Dichtung, nicht nur mit Kant und Hegel, sondern mit Lessing, Schiller und Goethe durch unzerreißbare Bande verknüpft. Sie lehrten unsere Arbeiter durch jede Zeile aus ihrer wunderbaren Feder, daß der Sozialismus nicht eine Messer- und Gabelfrage, sondern eine Kulturbewegung, eine große stolze Weltanschauung sei. Und diese zur verteidigen, auf ihrer Warte zu stehen, ist seit mehr als einem Menschenalter Ihr Amt. Jetzt sehen freilich die Erben der klassischen Philosophie — seit dem furchtbaren Zusammenbruch im Weltkriege — wie elende Bettler aus, die von Ungeziefer gefressen werden. Aber die ehernen Gesetze der geschichtlichen Dialektik, die sie so meisterhaft dem Proletariat tagaus, tagein zu erklären wußten, werden es mit sich bringen, daß sich die Bettler, die „Geusen" von heute, wieder aufraffen und morgen zu stolzen und schroffen Kämpfern werden. Und sobald der Geist des Sozialismus in die Reihen des deutschen Proletariats wieder einzieht, wird seine erste Gebärde sein — nach ihren Schriften, nach den Früchten Ihrer Lebensarbeit zu greifen, deren Wert unvergänglich ist und aus denen immer derselbe Odem einer edlen und starken Weltanschauung weht. Heute, wo uns Intelligenzen bürgerlicher Herkunft rudelweis verraten und verlassen, um zu den Fleischtöpfen der Herrschenden zurückzukehren, können wir ihnen mit verächtlichem Lächeln nachblicken. Geht nur! Wir haben der deutschen Bourgeoisie doch das Letzte und Beste weggenommen, was sie noch an Geist, Talent und Charakter hatte: Franz Mehring.

Ich bleibe immer herzlichst Ihre R. Luxemburg."

Ja der Stein den die bürgerlichen Baumeister verworfen haben ist zum Eckstein für das Proletariat geworden. Und da der Geist des Sozialismus in die Reihen des Proletariats wieder einzieht, ist es zu begrüßen, daß die in vielen Zeitschriften zerstreute Lebensarbeit Mehrings als gesammelte Schriften und Aufsätze erscheinen. Als erstes liegen zwei Bände zur Literaturgeschichte vor, die in ihrer Zusammenstellung ein Prinzip verfolgen und erfüllen.

Eine deutsche Literaturgeschichte vom Standpunkt der materialistischen Geschichtsauffassung gibt es noch nicht. Diese Riesenarbeit erfordert eine ganze Kraft. Augenblicklich gibt es eine solche nicht. Und der der sie hätte schreiben können, den deckt seit elf Jahren der grüne Rasen. Aber die zwei Bände bilden den Anfang einer Literaturgeschichte. Ja für den Arbeiter füllen sie mit der Lessinglegende diese Lücke aus. Was das Proletariat zum Verständnis seines Klassenkampfes von der Literatur wissen muß ist in diesen Abhandlungen lichtvoll und ausreichend dargestellt. Wenn die Geschichtslüge für die Bourgeoisie ein Werkzeug der Unterdrückung ist, so wird dieses Werkzeug durch die Kraft der Mehringschen Waffen zerbrochen.

Unter den Aufsätzen sind eine Reihe Theaterkritiken. Doch Mehring war ein Kritiker ganz im Stile Lessings. Er erkannte was die Bourgeoisie noch an geistigen Früchten aufzubringen vermochte und suchte ihre Kräfte durch die Kritik vorwärts zu treiben. Niemand hat z. B. die wirkliche Rolle des Naturalismus und sein Können gleich so klar erkannt wie Mehring, aber auch niemand hat so wie er Grenzen dieser Richtung aufgezeigt und Halbheiten und Rückfälle ihrer Vertreter mit aller Schärfe gezüchtigt. Zum Dank dafür schritt denn auch bei seiner Beisetzung kein Vertreter der offiziellen Literaten hinter seinem Sarge. Und das war noch das Beste was die offiziöse Lotteratur tun konnte.

Mit derselben Sachkenntnis wie über den Naturalismus setzt sich Mehring mit den Klassikern, der Romantik, dem jungen Deutschland und der deutschen revolutionären Dichtung auseinander. In seinem glänzenden Stil zeigte er immer die ökonomischen Wurzeln der literarischen Produktion auf mit all den Wechselwirkungen.

Ein Kabinettstück marxistischer Geschichtsdarstellung ist die Abhandlung „Schiller ein Lebensbild für deutsche Arbeiter". Die, im Buchhandel nicht mehr zirkulierend, mit in die Sammlung aufgenommen wurde. Das sollte aber nicht hindern sie auch als Sonderausgabe dem Arbeiter wieder zugänglich zu machen.

Mehring nennt sich mit vollem Recht ein Schüler Marx, aber als selbständiger Denker reproduziert er die Methode des Lehrers am Stoffe immer wieder. Seine universellen Kenntnisse der Literatur, verbunden mit einer virtuosen Handhabung der Methode machen seine Leistungen bei aller Bedeutung für den Befreiungskampf des Proletariats zu einem ästhetischen Genusse. Wie denn auch in seinen Arbeiten es sich wie ein roter Faden durchzieht, die Bausteine zu einer Theorie der Aesthetik vom proletarischen Standpunkt aus zusammenzutragen.

Unmöglich die ganze Fülle der beiden Bände in einer kurzen Besprechung zu würdigen, so kann nur allen Proletariern ihr Studium empfohlen werden. Sein Klassenbewußtsein wird gesteigert, wenn er die Richtigkeit der Grundlage seines Kampfes erneut bestätigt findet und sein Ringen um eine neue Ordnung ein bedeutendes Stück vorgetragen.

*) Franz Mehring. Zur Literaturgeschichte. 1. Band, von Calderon bis Heine. 2. Band von Hebbel bis Gorki. Mit Einleitung von August Thalheimer. Brosch. je Band 6,50 Mark, Leinen 8,50 Mark.

Arbeiter und Wehrfrage?

Die offizielle Sozialdemokratie bekennt sich offen zum bürgerlichen Staat. Sie will den Sozialismus durch Demokratie auf dem Boden dieser Gesellschaft erringen. Dabei versteht sie unter Sozialismus einen Gesellschaftszustand, wo der Staat alle Zweige des öffentlichen Lebens und der Wirtschaft durch zentrale Gewalt verwaltet und beherrscht. Es ist demnach nur nötig, die Demokratie in allen Zweigen des Lebens auszubauen, um zum Sozialismus zu kommen. Revolution, Umsturz der bestehenden Ordnung wird dann zum größten Unglück und muß mit aller Kraft bekämpft werden. So kann also die Niederkämpfung der revolutionären Arbeiter als Weg zum Sozialismus gepriesen werden, was auch tatsächlich geschieht. Die Demokratisierung des Heeres hat also den Sinn, dasselbe zur vollgültigen Schutztruppe des kapitalistischen Staates zu machen.

In der Theorie verwirft der Bolschewismus die Demokratisierung des bürgerlichen Staates und damit auch des Heeres als Weg zum Sozialismus. Seine Praxis aber unterscheidet sich nicht von dem, was die Amsterdamer Sozialdemokraten durch Demokratie erreichen wollen. Bei beiden ist der Staat der Inbegriff alles gesellschaftlichen Lebens, Zentralisation von politischer Macht und Wirtschaft, das ist hier Sozialismus. Diese zentrale Machtorganisation über der Gesellschaft ist aber der Ausdruck dafür, daß die Gesellschaft in Klassen gespalten ist und es braucht nicht erst gesagt zu werden, daß es die arbeitenden Massen sind, die dadurch unterdrückt werden. Das revolutionäre Proletariat kennt keine Militärfrage im staatserhaltenden Sinne der Sozialdemokratie. Es hat kein „Vaterland", wofür es sich opfern müßte und kann nur dadurch, daß es die eigene Bourgeoisie niederwirft, die Kraft gewinnen, gegen jene Bourgeoisie der anderen Länder zu kämpfen, die ihm ein neues „Vaterland" bescheren wollen. Um diesen Kampf siegreich zu beenden, bedarf die klassenbewußte Arbeiterschaft nicht einer staatlichen regulären Militärmacht, sondern die **bewaffneten Betriebe unter Führung der Räte jeden Versuch der Neuaufrichtung einer herrschenden Schicht niederringen.**

Im kapitalistischen Staate bleibt für das revolutionäre Proletariat die Frage gleich: Ob stehendes Heer, Milizsystem oder Schutzbündnis. Sie alle sind Organe zum Schutze der bestehenden Gesellschaft und der Kapitalismus duldet während seiner Herrschaft keine anderen Mächte im Staate neben sich. Es brauchte Jahrzehnte, bis den Arbeitern durch grausam harte Wirklichkeit die Wahrheit eingebläut wurde, daß durch „Demokratie" in bürgerlicher Gesellschaftsordnung kein Sozialismus zu erreichen ist. Die alte Zauberformel, die von dem österreichischen Sozialdemokraten Julius Deutsch (in seiner Schrift: „Wehrmacht und Sozialdemokratie") als „Demokratisierung der Wehrmacht" angepriesen wurde, hat kein so langes Leben gehabt. Die Feder, mit der dieser biedere Sozialdemokrat die Broschüre niederschrieb, war noch nicht trocken, als die „demokratische Wehrmacht Europas", die österreichische Volkswehr, auf die Arbeiter Wien's schoß, als wäre es auf der Hasenjagd. Dabei war diese „Wehrmacht" die eigene Schöpfung des Deutsch und seiner Genossen und auch der Brunnen, aus dem er seine „demokratische" Wissenschaft schöpfte.

Das revolutionäre Proletariat muß im offenen Gegensatz, wie zur bürgerlichen Ordnung und zum Staat, so auch zum Krieg und zur bewaffneten Macht, die herrschende Klasse schlagen und an die Herrschaft gelangen. Dabei braucht es durchaus nicht solche Soldatenspielerei wie den „Roten Frontkämpferbund", denn es ist ein Wahn, innerhalb der bürgerlichen Ordnung ein eigenes proletarisches Militär zu wollen. Das Gefüge der kapitalistischen Gesellschaft birst, wenn die Massen gezwungen werden, um ihres eigenen Lebens willen die Fesseln zu brechen, worin die Gesellschaft sie geschlagen. Aber um hierzu befähigt zu sein, müssen die Massen sich ihrer Aufgabe bewußt werden, muß die Arbeiterklasse in offener Kampfstellung zur herrschenden Ordnung stehen. Erst dann kann sie sich finden und formen zu der Macht, die alle Fesseln zerbricht.

Die Militärfrage hat aber noch eine andere Seite und das ist die Bewaffnung der Arbeiterschaft nach dem Sturz der bürgerlichen Ordnung. Setzen wir voraus: Das Proletariat hat nach siegreichem Aufstand die Macht in der Hand. Die Periode der Diktatur des Proletariats ist angebrochen. Das machtausübende Proletariat hat noch Feinde außen (von der Revolution noch nicht erfaßte Länder mit kapitalistischer Gewalt) und innen, die eben niedergeschlagene Kapitalistenklasse mit ihrem Anhang. Sie wird den Traum auf Zurückeroberung der Macht nicht aufgeben und in aller Stille zur Sammlung ihrer Kräfte und im Verfolg dessen den Weg zu konzentrierter Gegenrevolution zu beschreiten versuchen. Neben dem Inganghalten der Produktion, der völligen Umgestaltung der Produktionsweise und Zirkulation spielt die militärische Sicherung der Produktionsstätten, wie der Revolution überhaupt und gegebenenfalls die Unterstützung der revolutionären Elemente in anderen noch kapitalistischen Ländern, ferner Verteidigung und evtl. Angriff gegen die äußeren Bollwerke des Kapitalismus eine große Rolle. Wie ist diese militärische Macht des Proletariats beschaffen, ohne daß sie ein Staat für sich, ein Instrument gegen dasselbe Proletariat werden kann?

Das stehende Heer bedeutet Kasernierung und damit Isolierung von der Arbeiterklasse in den Betrieben. Wie sein Betätigungskreis außerhalb der Arbeiterklasse liegt, so wird seine Ideologie auch bald klassenfremd sein. Wie konnte sonst die brutale Kasernierung im wilhelminischen Zeitalter Deutschlands aus Proletariern und Proletariersöhnen so wesen- und willenlos gefügige Menschen, bestes Kanonenfutter machen? Die bewaffnete Macht der Diktatur des Proletariats muß dieses Proletariat selbst sein und bleiben, muß die Glut revolutionären Willens und Wollens unauslöschbar behalten. Deshalb ist das „stehende" Heer unbrauchbar, nicht minder als Söldnerheer, das aus dem Soldaten einen Beruf macht und ihn aus seiner Klasse löst. Und das Milizsystem? Etwa nach Schweizer Muster, wo jeder waffenfähige sein Gewehr nach vollendetem Dienst mit ins Haus nimmt? Ganz abgesehen davon, daß unter der Diktatur des Proletariats durchaus nicht jeder Wehrfähige zu bewaffnen ist, bedeutet diese Bewaffnung auch ein untauglisches Mittel in unserer Zeit. Denn im Zeitalter der Giftgas- und Flugzeug-Produktion, der U-Boote und gewaltiger Artillerie ist die Losung „Zu den Waffen" nun nicht mehr gleich der Losung „An die Gewehre". Wenn das siegreiche Proletariat in den modernen industrialisierten Ländern die Klassengenossen ein Gewehr mit Bajonett und genügender Munition zur Verfügung hält, so würde Kapitalismus und Konterrevolution diesem mittelalterlich anmutendem bewaffneten Proletariat gar bald den Garaus machen.

Und damit stehen wir mitten im Problem. Das 20. Jahrhundert hat Hochburgen der Industrie, Großbetriebe wie etwa das Leunawerk, auf dem Gebiete der Chemie, Krupp und anderes auf dem der Stahlproduktion, Fugzeugfabriken gleichzeitig zu Hochburgen und Zentren militärischer Macht erhoben. So wie die Konzentration des Kapitals der ökonomischen Umgestaltung der Produktionsverhältnisse von der Profit- in die Bedarfswirtschaft geradezu Geburtshelfer wird, so ist die Entwicklung der Kriegstechnik über die Großbetriebe nicht minder eine gewaltige Förderung der einzigen Lösung der Militärfrage in der Diktatur des Proletariats: Die Bewaffnung der Betriebe.

In der heutigen Situation muß für uns Kommunisten die eine Erkenntnis als Richtschnur dienen: Die Revolution ist der Kampf um das Denken, um die Köpfe der Massen, und er wird geführt, indem wir kämpfend als Vorbild vorangehen. Obwohl es eine Doktorfrage ist, ausmachen zu wollen, auf welchem Fleck das aufstehende Proletariat den herrschenden Klasse die entscheidende Schlacht liefern wird, ob im Falle eines Krieges das meuternde Militär die Oberhand gewinnt oder im Straßenkampf des bewaffneten Aufstandes, so kann anderes Mittel, als daß derjenige Teil der Arbeiterklasse, der die Notwendigkeit des Kampfes gegen den Absolutismus bereits erkannt hat, unaufhörlich und sichtbar gegen die Regierung auf den Plan tritt . . . **Das revolutionäre Proletariat fürchtet als eine Klasse, die ihrem Wesen nach von allen höchsten Idealen durchdrungen ist, nicht die Opfer des Kampfes. Sie bedauert nur die unnützen Opfer und hält das Gefühl der eigenen Ohnmacht.** Und hier kann die Sozialdemokratie als Arbeiterpartei der Masse, in und durch sie nicht anders verleihen, **daß sie ihr ein Dutzend Fäuten und ein halbes Dutzend Bomben in die Hand drückt; sondern dadurch, daß sie ihr das zrunziegende Gesetz der proletarischen Klassenbewegung bezeßlich macht: Der einzige Answeg aus allen Schwierigkeiten des Massenkampfes, auf allen Stufen seiner Entwicklung, ist die Ausdehnung der Massenaktion und des Umfanges der an ihr beteiligten Masse . . .** Der Proletariermasse die Kraft ihrer eigenen Bewegung zu zeigen und dadurch die Massenhaftigkeit und die Macht der Bewegung zu steigern, das ist in diesem Falle wie stets und überall der ganze Inhalt und die Aufgabe der sozialdemokratischen Agitation und Führung, die nicht darin besteht, die Masse in ihrer historischen Aufgabe zu „ersetzen", sondern die Masse selbst auf den Schauplatz des Klassenkampfes zu führen, nicht darin, aufzuhetzen, sondern in der Aufklärung." —

(Siehe: Panzerkreuzer-Broschüre und „Gegen den Strom" Nr. 45. 1929. „Ein aktueller Aufsatz Rosa Luxemburgs").

Große Koalition in Preußen?

Um die Posten wird jetzt geschachert.

Sozialdemokrat Braun hat die Deutsche Volkspartei erneut aufgefordert, in die preußische Regierung einzutreten und ihr das Handelsministerium und einen neuzuschaffenden Ministerposten ohne Portefeuille (aber mit Gehalt) angeboten. Die Sozialdemokratie würde sich mit dem Ministerpräsidenten, dem Minister des Innern und dem Kultusminister begnügen. Wie viel Minister ohne Portefeuille sie beansprucht, ist nicht bekannt.

Die Industriellen lehnten damals, nach den Wahlen, ab. Sie glaubten, daß ihre Interessen in den sozialdemokratischen Händen gut aufgehoben waren. Heute dagegen ist was zu ergattern. In Pommern wird demnächst der Oberpräsidentenposten frei und diesen verlangt die rheinisch-westfälische Großindustrie, die die DVP. vertritt, ebenfalls für sich. Die SPD. hat ihr auch diesen zugestanden. Wer diesen hat, beherrscht die ganze Provinz und kann Freunde im Großen unterbringen.

Gegen diesen Schacher wehrt sich die Demokratische Partei, die das Handelsministerium aufgeben müßte. Außerdem spekuliert sie auf die pommersche Pfründe. Die braven Wadenstrümpfler leiden sehr bedenklich an Mitglieder-, Kassen- und Gehirnschwund. Sie glauben immer noch, daß die Leute in Pommern im Winter dumm sind wie im Sommer und würden sich dort geistig wie wirtschaftlich auffrischen können.

Der Postenschacher hat auch in der Zentrumsfraktion ein Stürmchen ausgelöst. Der Göttesmann Heß, der Unterhändler mit der SPD., hatte diesen sozialdemokratischen Abgeordneten König als Kultusminister zugestanden. Er begründete das in seiner Fraktion damit, daß die SPD. in Punkto Muckertum jeden katholischen Pfaffen übertreffe. Das stimmt, sagte Pfarrer Lauscher, aber er selbst hätte die Pfründe auch sehr gern. Der Mann hat mit seinem Gehalt als Pfarrer und M. d. R. höchstens 20.000 Mark Jahreseinkommen (Schlossergehilfe Brolat und andere 12.000) und könnte die 40.000 des Kultusministers noch gut gebrauchen. Er griff Heß außerordentlich scharf an, worauf Heß sein Mandat zur Verfügung stellte und der Fraktionsvorstand aus Solidarität zu ihm seine Aemter niederlegte. Die Herren Zentrumspfaffen sind ebenfalls der Meinung, daß das Seelenheil der Kirchenschäflein und das Finanzwohl des Klerus in sozialdemokratischen Händen besser gewahrt werde, wie in den Händen eines eingeschriebenen Jesuiten.

Im Augenblick wird noch geschachert.

Aus einem „roten" Magistrat

Aus einem „roten" Magistrat.

Herr Böß hat sich schriftlich erboten, auf seinen Oberbürgermeisterposten zu verzichten. Er verlangt aber **28 000 Mk. Pension!** Jährlich natürlich. Der Mann wird selbstverständlich bekommen, was er verlangt. Denn erstens spekuliert ein anderer auf den Posten, wobei die ganze Partei klotzig verdient und die anderen Parteien bekommen bei solcher Postenbesetzung jedesmal an anderen Stellen Vorteile. Und schließlich hackt eine Krähe der andern kein Auge aus.

Daß die Stadt in ihrem jämmerlichen Finanzdalles so weit ist, daß sie um kleine und kleinste Beträge pampen und betteln muß wie ein Hausierer, ist bei den „roten" Stadtverordneten und den „roten" Magistratsherren kein Hindernis, sich selbst reichlich zu bedenken. So wurden jetzt bei den Neuwahlen der Kommissionen diese gegen früher ganz besonders verstärkt. Z. B. wurde eine Kommission, die bisher 5 Mitglieder zählte, 23 Mitglieder stark. 17 Abgeordnete und 5 Stadträte. Und zwar für eine Sache, die gut und gerne eine Schreibmaschine erledigen könnte. Aehnlich wurden alle Kommissionen verstärkt. Die Sache hat den Vorteil, daß klotzige Sitzungsgelder herausgeschlagen werden. Im Plenum haben Wähler Zutritt und die Leute müssen sich als „Interessenvertreter" gegenseitig Nachdem der „Vorwärts" die deutschen gegen die russischen Verhältnisse „richtig" abgewogen hat, glaubt er auftrumpfen zu können:

„Deutschland, das freieste Land der Welt — jeder Kaffeehausliterat macht über dieses Wort seine Witze. Trotzdem ist es richtig. Der künftige Historiker wird das erkennen, wenn er aus allen Zeitungsbänden feststellen wird, was alles in Deutschland von 1918 bis 1930 ungestraft und unverboten gedruckt werden konnte".

Wir haben eingangs erwähnt, weshalb die bürgerlichen Gerichte die Sprache und die dummen Streiche der KPD. so und nicht anders beurteilen. Hier müssen wir aber doch wohl daran erinnern, daß die Republik schon im ersten Jahre ihres Bestehens mehr revolutionäre Arbeiter niederkartätscht und in den Zuchthäusern um die Ecke gebracht hat, als die Monarchie zuvor in 100 Jahren. Und zwar, weil die Arbeiter damals ihre Kraft noch nicht mit blöden Mätzchen russischer Stipendiaten zersplitterten, sondern weil sie der Eigentumsordnung ernstlich zu Leibe gingen.

Das beweist natürlich nicht, daß die hohenzollernsche Regierung minder blutdürstig war als die sozialdemokratische von 1919. Die Klassenverhältnisse waren damals noch nicht so auf die Spitze getrieben, die Bourgeoisie konnte ihre Sklaven noch einigermaßen ernähren. Hätten die Arbeiter schon früher ernstlich an ihren Ketten gerüttelt oder wäre 1919 das hohenzollernsche Regime am Ruder gewesen, so wären nicht weniger Arbeiter ermordet worden als durch das sozialdemokratische System Noske's.

Im übrigen sind wir heute in diesem einzigen Spezialfall in der glücklichen Lage, dem „Vorwärts" wie der „Roten Fahne" recht geben zu können. Auf beide trifft zu, was Heinrich Heine vom Rabbi und vom Mönch sagte: Und es will mich schier bedünken . . . daß sie alle beide stinken.

Massenmörder

Der Verantwortliche der „Roten Fahne" wurde am Sonnabend, den 25. Januar zu 600 Mark Geldstrafe verurteilt, weil in seinem Blatt der Polizeipräsident von Berlin Massenmörder und Arbeiterschlächter genannt wurde. Der Staatsanwalt hatte 1000 Mark beantragt.

Der „Vorwärts" läßt in einem Leitartikel am Sonnabend, den 26. Januar das Urteil und die Politik der KPD.-Revue passieren und kommt zu dem Schluß, daß das Urteil sehr milde ist und daß die Tobsucht der „Roten Fahne" bezw. der Unfug der KPD.-Organisationen von dem Gericht der Republik sehr loyal beurteilt werden.

Das trifft in der Tat zu, wenn man andere Urteile, Vergehen von Arbeitern gegen die bürgerliche Ordnung als Maßstab nimmt und in Betracht zieht, daß es sich um die 1. Mai-Parole der KPD. dreht, auf deren Konto ja Bourgeoisie und Sozialdemokratie die 32 Toten des 1. Mai buchen. Das hat seine guten Gründe. Die Gerichte legen ihrer Beurteilung die Tatsache zugrunde, daß die Kraftausdrücke der KPD.-Presse noch lange keine gesellschaftsumstürzende Politik bedeuten und die Manöver der KPD. die Arbeiter höchstens von einer revolutionären Politik ablenken. Wenn die Bourgeoisie nicht opportunistisch wäre, müßten ihre Gerichte der KPD. noch Belohnungen zusprechen. In der Tat entsprechen die Urteile gegen die KPD. auch nur jenen, die allgemein für groben Unfug verhängt werden. Dagegen sind die Urteile gegen Arbeiter, die über die Parole der KPD. hinweggehen, immer barbarisch. Wie dem auch sei, jedenfalls glauben die bürgerlichen Gerichte, die verletzte Ehre des sozialdemokratischen Berliner Polizeipräsidenten mit den paar Tscherwonzen wieder hergestellt.

In ihrer Nummer von demselben Tage, zu dem die Verhandlung gegen ihren Verantwortlichen angesetzt war, gibt die „Rote Fahne" einen Aufsatz der Moskauer „Prawda" wieder, in dem zu lesen stand, daß neben der Herrschaft der Severing, Grzesinski und Zörgiebel die schlimmsten Zeiten Bismarcks und des Sozialistengesetzes verblaßten. Die Zustände in Deutschland ähnelten jetzt denen des zaristischen Rußland in der Zeit der Darnowo, Trepow und Chwostow.

Der „Vorwärts" schreibt dazu, daß eine Sprache, wie sie die KPD.-Presse in Deutschland führe, in Rußland nicht gedruckt würde und höchstens hektographisch möglich wäre. „Und wenn man dann auch nur einen der Verbreiter erwischte, vom Verfasser gar nicht zu reden —, so würde man ein paar Tage später in der „Roten Fahne" lesen, daß wieder einmal ein Weißgardist und Verräter an der Sowjetmacht sein verdientes Schicksal gefunden hätte . . ."

Auch das stimmt.

Der Vorwärts gibt in seinem Artikel zu, „daß die von der Polizei ergriffenen Verteidigungsmaßnahmen stellenweise (?!) **über das Ziel geschossen und Unschuldige getroffen haben** mögen".

Wir brauchen hier nicht erneut beweisen, daß die Toten und Verwundeten des 1. Mai nicht den dummen Streichen der KPD., sondern der sadistischen Psychose der Zörgiebel'schen Knüppelgarden zum Opfer fielen.

Politiker ist nach den Demonstrationen bereit, die verderbliche Illusion im Proletariat zu unterstützen, indem er sagt: „Wir haben schon die Macht. Ihr müßt wir nur noch an den Mann, d. h. den Kampfwaffen, und der Sieg wird unser sein". Die Aufgabe der Sozialdemokratie **besteht nicht darin, Illusionen zu unterstützen, sondern sie zu zerstören**, die Masse nicht mit Illusionen zu füttern, sondern sie über die wirkliche Lage aufzuklären — Von Anfang an war es das Leitmotiv der sozialdemokratischen Agitation, die Arbeiter darüber aufzuklären, daß sie nur dann siegen können, wenn das gesamte arbeitende Volk, wenn die gewaltigen Massen der breitesten Massen des industriellen und ländlichen Proletariats und ein großer Teil der Proletarier, die den Waffenrock tragen, d. h. der Soldaten bei uns, sich zum Kampf erheben werden. Immer von neuem müssen wir dies den Arbeitern vor Augen halten, besonders aber, wenn ein augenblicklicher und lokaler Erfolg der Bewegung bei ihnen eine Ueberschätzung ihrer Kräfte und die vorzeitige Täuschung hervorruft, daß sie nur noch der physischen Waffen bedürfen, um den Kampf zu Gunsten des Volkes zu entscheiden. **Das Empfinden der Ohnmacht der Massen gegenüber der Soldateska muß in die Erkenntnis verwandelt werden, daß es nicht an Mitteln, sondern an Kräften fehlt, nicht an Gewehren, sondern an aufgeklärten, klassenbewußten Proletariern, um den Sieg zu erringen . . .** Die Todesstunde des Absolutismus wird anbrechen, wenn die Millionenmassen des Proletariats in Stadt und Land sich überall zum endgültigen Kampf erheben und einen Teil des Militärs mit sich reißen werden. Doch um diese gewaltige Masse in den Kampf zu führen und für ihn zu sammeln, gibt es kein anderes Mittel, als daß derjenige Teil der Arbeiterklasse, der die Notwendigkeit des Kampfes gegen den Absolutismus bereits erkannt hat, unaufhörlich und sichtbar gegen die Regierung auf den Plan tritt . . . **Das revolutionäre Proletariat fürchtet als eine Klasse, die ihrem Wesen nach von allen höchsten Idealen durchdrungen ist, nicht die Opfer des Kampfes. Sie bedauert nur die unnützen Opfer und hält das Gefühl der eigenen Ohnmacht.** Und hier kann die Sozialdemokratie als Arbeiterpartei der Masse, in und durch sie nicht anders verleihen, **daß sie ihr ein Dutzend Fäuten und ein halbes Dutzend Bomben in die Hand drückt; sondern dadurch, daß sie ihr das zrunziegende Gesetz der proletarischen Klassenbewegung bezeßlich macht: Der einzige Answeg aus allen Schwierigkeiten des Massenkampfes, auf allen Stufen seiner Entwicklung, ist die Ausdehnung der Massenaktion und des Umfanges der an ihr beteiligten Masse . . .** Der Proletariermasse die Kraft ihrer eigenen Bewegung zu zeigen und dadurch die Massenhaftigkeit und die Macht der Bewegung zu steigern, das ist in diesem Falle wie stets und überall der ganze Inhalt und die Aufgabe der sozialdemokratischen Agitation und Führung, die nicht darin besteht, die Masse in ihrer historischen Aufgabe zu „ersetzen", sondern die Masse selbst auf den Schauplatz des Klassenkampfes zu führen, nicht darin, aufzuhetzen, sondern in der Aufklärung." —

(Siehe: Panzerkreuzer-Broschüre und „Gegen den Strom" Nr. 45. 1929. „Ein aktueller Aufsatz Rosa Luxemburgs").

Die Stunde der Allgemeinen Arbeiter-Union

Der Rücklauf der Revolution hat auch in den Reihen der revolutionären Arbeiterbewegung Verwirrung hervorgerufen. Die jeder Niederlage folgenden Diskussionen waren ein Beispiel dafür, wie wenig auch das revolutionäre Proletariat die wirklichen und sachlichen Gründe der Niederlage erkannte. Die These Karl Marx': Die Revolution ist nur möglich im Gefolge einer neuen Krise, aber sie ist auch so sicher als diese, die er schon vor Jahrzehnten einigen Hitzköpfen entgegenhielt, die die proletarische Schwäche durch individuelles Kraftmeiertum ersetzen wollten, hat auch in dem Auf und Nieder der proletarischen Revolution seine Gültigkeit behalten. Es handelt sich nicht um ausgeklügelte Theorien oder organisatorische Rezepte, sondern um die Einsicht in die wirklichen Kräfte im Klassenkampf, und die Fähigkeit, die proletarische Aktion organisatorisch und politisch zu erfassen.

Von den sogenannten „linksgerichteten" Organisationen werden drei Kategorien immer deutlicher sichtbar. Die erste dieser organisatorischen Neugründungen sind die verschiedenen „Industrieverbände". Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß die Mitglieder derselben mit theoretischen Argumenten nicht von der Nutzlosigkeit dieser Neugründungen zu überzeugen sind. Es entspricht dies dem Ruhebedürfnis abgekämpfter Arbeiter, die aus psychologischen Gründen an dem festhalten, was sie selbst geschaffen haben. Teils entspringt die Weigerung, wieder in die Gewerkschaften zurückzukehren, echtem und berechtigtem proletarischen Haß gegen die Verräter. Aber sie übersehen in diesem blinden Haß, daß die organisatorische und politische Linie, die sie bezogen haben, den Prinzipien der Gewerkschaften nicht widerspricht. Wenn diese „Industrieverbände" — mögen sie heißen wie sie wollen — den Einfluß gewinnen würden, den sie anstreben, würden sie bald als Tarifkontrahent da landen, wo die „Mutterorganisation" gelandet ist: in dem Sumpf der Wirtschaftsdemokratie. Sie lehnen die Tarifverträge nicht ab, lehnen die gesetzlichen Betriebsräte nicht ab, „kämpfen" sogar um ihre Tariffähigkeit; und die Bereitschaft, Tarife einzuhalten, ist gleichbedeutend mit der Anerkennung der Schiedsspruchpraxis der kapitalistischen Demokratie. Die großen Töne von „Kampf", die die Führer dieser Organisationen reden, sind die Redensarten von Großmäulern, die noch nicht auf dem Rathaus sind. Bei der Ideologie, auf die diese Industrieverbände aufbauen, — Tarife für Tischler und Schlosser und Schneider und Scherenschleifer — würde mit dem Wachstum dieser Organisationen sich der bürokratische Apparat der einzelnen Berufe zur „Wahrnehmung der Interessen der Mitglieder" in genau derselben Richtung entwickeln, wie bei den Gewerkschaften. Die tarifliche, — zeitlich und materiell verschiedenartige — Gebundenheit der einzelnen Berufsgruppen an das Kapital würde als Folge genau dieselbe Zerreißung einer wirklichen proletarischen Klassensolidarität bedeuten, wie heute bei den Gewerkschaften. Und das Gefasel, daß die Organisation noch nicht stark genug sei, um die Kraftprobe zu wagen, müßte genau wie bei den Gewerkschaften herhalten um jede grundsätzliche Kritik als Nörgelei und Quertreiberei zu brandmarken. **Ihr von den Gewerkschaften entlehntes Prinzip in Organisation und Taktik muß unweigerlich zu demselben Klassenverrat des Proletariats führen.**

Die zweite Kategorie sind die sogenannten Unionen, die die „Partei ablehnen". Hier handelt es sich — bewußt oder unbewußt — um den Versuch, die Schwäche des Proletariats durch theoretisch seinsollende Ueberschätzungen zu ersetzen. Sie lehnen mit Recht den Parlamentarismus und die wirtschaftsdemokratische Taktik ab. Aber sie lehnen auch die „Partei" ab, die auf dieser Grundlage, wie sie selbst, kämpft, und zwar deswegen, weil sie den Namen „Partei" führt. Sie selbst propagieren den Zusammenschluß der „reifsten", „vorgeschrittensten" Kämpfer in einer Organisation, in ihrer Organisation. Sie lehnen nicht den politischen und organisatorischen, von unten auf gewollten Zentralismus ab. Sie arbeiten genau nach denselben Prinzipien wie eine antiparlamentarische Partei, nur stoßen sie sich an dem Namen. Und da sie alles bis zu Ende denken, verkünden sie die Weisheit, daß Streiks, Demonstrationen, alles, was der proletarischen Revolution vorausgeht, sinnlos ist. Nur die Revolution selbst — sie wissen selbst nicht, wie und wo sie beginnt — hat Sinn. Sie begreifen nicht, daß sie als „Vortrupp" die Aufgabe haben, den Ursprung, das Wesen, die Bedingungen der aus den Tiefen des Proletariats aufwachsenden Aktion zu begreifen, um den Massen die organisatorischen Formen ihrer Aktion schaffen zu helfen, die diese Aktion ermöglichen. Wären sie nicht utopistische Fanatiker, würden sie begreifen, **daß das Proletariat seine Reife erst in seinem Kampf erlangt.** Sie würden weiter begreifen, daß fast jeder Angriff des Proletariats **mit der Abwehr** beginnt. Sie würden begreifen, daß die Millionenmassen des modernen Proletariats rebellieren, protestieren, aufstehen, weil der Kapitalismus ihnen keine andere Wahl läßt. Bald die Kohlenarbeiter, dann die Textilarbeiter, die Metall-, die Verkehrsarbeiter. Aber immer wieder aus der materiellen Not, aus den Gesetzen der spezifischen Arbeitsbedingungen heraus.

In seinem Wollen, seiner Zielsetzung ist das Proletariat auf Grund der Verschiedenartigkeit des Produktionsprozesses zerrissen und differenziert. Die Gewerkschaften können den einzelnen Kategorien keine „Besserstellung" mehr bringen, und im weiteren Verlauf der Entwicklung ist die Selbsthilfe unausbleiblich. Die Aktion der Massen selbst bedingt die Formen der Organisation von Betrieb zu Betrieb nach dem Prinzip des Selbsthandelns. In diesem Kampfe, diesem vielseitigen Kampfe Helfer zu s

politische Angelegenheit, dort vertreten hat. Wir waren nur der Meinung, daß die Partei solch politisches Analphabetentum nicht dulden darf. Unter dem Feldgeschrei der „Diktatur der Partei" reihte er sich um die Mannen in Leipzig.

Ein anderer hat Jahrelang Jack London-Geschichten vom Stapel gelassen, damit ihm seine Diskreditierung der Union an der Wasserkante nicht vorzeitig zum Verhängnis wurde. Der Schneider von Cuxhaven. Den konnten sie gebrauchen, um in der „Kommission gegen die Partei" zu wirken. Nachdem er dann völlig unmöglich geworden war, ist er spurlos verschwunden. Nicht, um vordem die ehrlichen Genossen auf das infamste zu verleumden. Der Erfolg: Cuxhaven-Wesermünde ist durch einen Abenteurer, der die „bewegliche Politik" für seine persönlichen Pläne gebrauchte, so gut wie erledigt. Andere Genossen werden aufbauen müssen, was dieser „Revolutionär" zertrümmerte.

Unter dem Feldgeschrei der Gründung einer „wirklichen" KAPD. verließen sie unsere Reihen. Sie brauchten diese Phrase, um die aufgehetzten, an sich ehrlichen Proletarier, zu täuschen.

Die Redaktion des „Kampfruf" formuliert wohl ihre Ansicht so: Eine neue Partei ist Unsinn. Diese neue Partei rekrutiert sich nämlich aus Elementen, die jahrelang versuchten, der Partei ihren kleinbürgerlichen Ehrgeiz als neueste „Linie" aufzuhalsen. Die KAPD. war stark genug, diese Helden vor die Tür zu setzen, und bei Wiederaufnahme die prinzipielle und eindeutige Anerkennung des Programms zu fordern. Die Union gewährte ihnen freimütig Obdach, und ließ zu, daß sie von der Union her die Partei von neuem berennen konnten. Sie brachten es fertig, die Union unter der Maske des Kampfes gegen die „Diktatur der Partei" zu zerreißen, und gründeten — größenwahnsinnig wie sie sind — die neue Partei. Die Genossen, die die Rutschbahn in die Einheitsorganisation mit Grauen vor sich sahen, fühlen sich gezwungen, davor zu warnen, und sie fühlen sich gleichzeitig gezwungen, dieser neuen „Partei" die Existenzberechtigung abzusprechen mit der Begründung, **daß die KAPD. bereits existiert!** Wir wissen nicht, ob den Helden der neuen „Partei" die Konsequenzen dieser Ignoranz durch „ihre" Union zum Bewußtsein kommt. Sie sind beweglich — das heißt **prinzipienlos genug**, den Vorwurf der eigenbrödlerischen Zersplitterungsarbeit ohne Gegenwehr hinzunehmen.

Wenn wir noch erwähnen, daß zu der „beweglichen Taktik" dann noch gehört, daß man Genossen als Clique um die KAZ., von der man nicht wisse, von wem sie bezahlt sei, verleumdet, und — nicht etwa aus Versehen, sondern vorsätzlich! — deren Namen auf Versammlungsplakate setzt, um Arbeiter anzulocken, wie in Magdeburg, dann rundet sich das Bild besagter Prinzipienritter zu Kretins, denen selbst jedes Gefühl für Lächerlichkeit abhanden gekommen ist. Die einzige Erklärung dafür, warum sie noch existieren.

Wenn wir gezwungen sind, diese jüngsten Zersetzungserscheinungen ausführlicher zu kennzeichnen, so deswegen, weil die proletarische Klasse in dieser Zersetzung nur zu oft ein charakteristisches Kennzeichen für die revolutionäre Arbeiterbewegung sieht. Und die Bonzen der Gewerkschaften und sozialdemokratischen Parteien lassen nichts unversucht, diese falsche Vorstellung zu nähren. Die KAPD. muß in Zukunft noch schärfer als bisher den grundsätzlichen Gedanken der organisierten Aktion formulieren, und die Karikaturen von „Union" und Zwerggewerkschaften, die nur als Unkraut auf dem Rücken der Arbeiterklasse wuchern, noch schärfer kennzeichnen. Die Arbeiter begreifen sehr gut, daß die Organisation zum Kampf das höchste Gut ist, daß nicht leichtsinnig zertrümmert werden darf. Die Partei kann das Vertrauen der Arbeiter, die begreifen, daß die parlamentarischen Parteien und Gewerkschaften für den Klassenkampf verloren sind, nur gewinnen, wenn sie in ihrer Propaganda und ihrer Praxis zeigt, daß die Befreiung des Proletariats, unabhängig von den geistig Kriegsbeschädigten der Revolution, ihre organisatorischen Formen finden muß. Die Partei muß es verstehen, neben der Autorität gegen die „bewährten Führer" noch eine andere Autorität im Proletariat zu brechen: die Autorität geschwätziger politischer Zigeuner, die die Revolution wirtschaftlich und geistig entwurzelte, und die das Chaos in ihrem Hirn nicht mehr zur Ruhe kommen läßt.

Wir wissen, daß es sich auch hier um eine unvermeidliche Begleiterscheinung handelt. Das darf uns aber nicht hindern, die Erziehungsarbeit in der Partei und im Proletariat jeden Tag und überall so weit wie möglich zu leisten, uns selbst zu erziehen, um hohlem Geschrei die Kraft der Logik entgegensetzen zu können. Das ist eine der wertvollsten ideologischen Grundlagen der Partei, ein Gebot der Selbsterhaltung, bis der Schritt der Arbeiterbataillone die ernsthafte Gegenwehr ankündigt, die Partei von dem Heroismus der Klasse durchglutet wird.

Dann werden die Hampelmänner der Revolution keine Frage mehr sein.

Betrieb und Wirtschaft

Gewerkschaften sind Streikbruchorgane

Laut Urteil des Landesarbeitsgerichts Dresden.

Der Landesverband der Metallindustriellen Dresdens hatte gegen den Deutschen Metallarbeiterverband auf Entschädigung von 2½ Millionen Mark geklagt, weil der Arbeiter während einer **Aussperrung** (!) unterstützt hatte und d a u r c h t a r i f b r ü c h i g geworden wäre. Die Industriellen wurden mit ihrer Klage kostenpflichtig abgewiesen, weil der DMV. den Schiedsspruch nicht anerkannt hatte und somit tarifloser Zustand war. Nachdem der Tarif für rechtsverbindlich erklärt war, hatte der DMV. die Unterstützung eingestellt.

Da der Schiedsspruch den Arbeitern aber eine Verschlechterung brachte, kümmerten diese sich nicht um die Verbindlichkeitserklärung und streikten weiter. Das Gericht sagte in seiner Begründung:

Es ist erwiesen, daß der DMV. nach der Verbindlichkeitserklärung alles getan hat, um die Arbeiter in die Betriebe zu bringen!

Also: Die Unternehmer sperren aus, um eine Verschlechterung — Sonntagsarbeit und Ueberstunden — durchzudrücken. Der DMV. unterstützt die Arbeiter ein paar Wochen, bis sie zermürbt sind und dann erklärt der sozialdemokratische Schlichter einen den Unternehmern gefälligen Schiedsspruch verbindlich und die Gewerkschaft stellt die Unterstützung ein und tut alles, um die Arbeiter in die Betriebe zu bringen. Etwas anderes taten die gelben Streikbrechagenten, die Hintze und Lebius und Konsorten vor dem Kriege auch nicht. Und sie wurden von jedem anständigen Arbeiter angespuckt. Und den Nachlolern der Streikbrechagenten, den „freien" Gewerkschaften opfern die Arbeiter ihre sauer verdienten Groschen. Was doch die kapitalistische Demokratie alles zuwege bringt, wenn sie einen Troß auf dem Rücken der Arbeiter emporgestiegenen „Führer" an die Futterkrippen setzt!

*

Polizeigewalt gegen Zellenbildung.

In letzter Nummer haben wir die für Unternehmer und Gewerkschaften ebenso ergötzliche wie für das Proletariat beschämende Tatsache mitgeteilt, daß die „Opposition" im Sattlerverband ihren Hinausschmiß und die Prügel nicht anerkenne und sich immer von neuem zur Entlangnahme neuer Prügel zu den Versammlungen einstellt. Der Vorwärts (vom 29. Januar) glaubt, daß die Leute sich auch zur Generalversammlung zur Entgegennahme einer anständigen Tracht Prügel einstellen werden. Er schreibt:

„Wir weisen deshalb ausdrücklich darauf hin, daß von der Ortsverwaltung des Verbandes der Sattler . . . die **notwendigen Maßnahmen** getroffen worden sind, um einen ruhigen Verlauf der Versammlung auf jeden Fall zu sichern. Die Kontrolle der Mitgliedsbücher wird sehr scharf und so vorgenommen werden, daß Ansammlungen vor der Sauttür unmöglich gemacht werden. Auch gewaltsame Versuche, durchzubrechen, werden **rechtzeitig und wirkungsvoll unterbunden** werden. Sollten aber Mitglieder innerhalb des Versammlungslokals die Anweisungen der KPD., die Verhandlungen zu stören, ausführen wollen, so wird die Mitgliedschaft gegen sie geschützt werden. Wir weisen jetzt schon auf die Absichten der KPD. und die gegen gewalttätige Sprengungsversuche **sicher wirkenden Gegenmaßnahmen** hin, um jeden vor unangenehmen Ueberraschungen zu bewahren."

Ob Zörgiebel eine Hundertschaft Schupo oder Severing Reichsbanner als „Saalschutz" stellt, verrät der Vorwärts nicht. Soviel ist sicher, daß diesmal dieser famose „Opposition" ihre hündische Anhänglichkeit an die Streikbruchgewerkschaften mit dem Gummiknüppel quittiert bekommt, und zwar in einem Ausmaße, daß sie die Quittung doch wird anerkennen müssen.

Die Arbeitslosigkeit steigt weiter

Im Reich stieg in der Woche vom 20. bis 25. Januar die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger um 90 000 auf 2 230 000. Dazu kommen die Krisenunterstützten. Die Zahl der Arbeitslosen dürfte die Fünfmillionenangrenze erreicht haben. Wie der Vorwärts mitteilt, werden jetzt täglich 3000 Arbeitslose aus der Versicherung ausgesteuert, von denen nur ein geringer Prozentsatz in die Krisenfürsorge käme. — 20 Millionen hungernde Menschen, daß ist der Segen der demokratischen Republik!

Im Bereich des Arbeitsamts Brandenburg stieg die Zahl der Arbeitslosen in der Woche vom 13.—19. Januar um 13 481 auf 472 215 Personen. Das sind trotz des frostfreien Wetters rund 75 000 mehr als zur gleichen Zeit des Vorjahres bei starker Kälte.

Berlin allein hat 324 103 Arbeitslose, auf die Provinz Brandenburg entfallen 134 660, die Grenzmark 13 452. In Berlin sind demnach mehr als 30 Prozent aller Arbeiter arbeitslos!

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger aus der Arbeitslosenversicherungen hat zugenommen um 286 607 und 34 949 Krisenunterstützte, zusammen also 321 556 Personen. Es sind demnach jetzt „nur" noch 150 659 oder rund 30 Prozent, gegen 60 Prozent Nichtunterstützte zu Anfang des Winters. Ein Zeichen, daß jetzt fast nur noch Arbeiter entlassen werden, die schon lange im Betriebe und durchweg unterstützungsberechtigt sind.

*

Stillegung in der Zigarettenindustrie.

Zu den stillgelegten Werken der Zigarettenindustrie kommt ein neues: Die Halpaus-Eckstein G. m. b. H. legt ihr Breslauer Werk still. Ein paar tausend Arbeiter und Arbeiterinnen fliegen aufs Pflaster. Eckstein (Dresden und Hamburg) hat kürzlich den großen Halpausbetrieb in Breslau geschluckt und legt ihn jetzt still. — Rationalisierung.

*

Die Arbeitslosigkeit in England.

Die Zahl der Arbeitslosen in England betrug am 20. Januar 1 473 400, d. h. 2861 weniger als in der vorigen Woche und 47 780 mehr als in dem entsprechenden Zeitraum des Jahres 1929.

Hollands Margarine-Konzern.

Napoleon III war der große Menschenfreund, der die Zeit erkannte und dem Proletariat die Kunstbutter beschierte. Der Franzose Mège-Mouriès verfertigte 1870 zuerst Margarine auf Anstiften von Napoleon III, der für Heer und Arbeiterklasse ein „gutes und billiges Surrogat für Butter" haben wollte. —

Im Laufe der Jahre haben sich in Holland zwei Riesenfabriken, Anton Jürgens und Van den Bergh, zu weltumspannenden Margarinewerken ausgebildet. Diese beiden Werke wurden Hollands zweitgrößte Kapitalmacht. An erster Stelle steht der Konzern der Koninklyke Petroleum Maatschappy (Königl. Petroleum-Gesellschaft) mit einem Kapital von 524,7 Mill. Gulden gegenüber den Fabriken von Van den Bergh und Anton Jürgens, die sich 1927 zur Margarine-Union zusammenschlossen und nominell mit einem Kapital von 196,3 Mill. Gulden arbeiten. Das sind Ziffern, die nur die Werke in Holland betreffen und es steht noch sehr in Frage, ob diese für Steuerzwecke angegebenen Zahlen den Anspruch auf Genauigkeit machen können. War schon 1927 der Einfluß und der Kontrolldienst der beiden Fabriken auf alle führenden Welt-Margarinefabriken sehr stark, so hat sich seitdem eine Kapitalkonzentration vollzogen, die den holländischen Margarinetrust zum alleinherrschenden gemacht hat. Unter dem Kapitaleinfluß und wahrscheinlich auch maßgebenden organisatorischen Einfluß der amerikanischen Finanzgruppe Morgan ist die Margarine-Union mit dem größten Schmalztrust der Welt, dem Lever Brother (Sunlight) zusammengeschlossen worden. Die Margarine-Union mit ihrem Betrieb in England kann man auf gut 300 Mill. Gulden Betriebskapital schätzen. Lever Brothers werden es nicht unter 750 Mill. Gulden machen. Die Kombinatino Union -Lever arbeitet also mit einem Kapital von weit über 1 Milliarde Gulden, Seife und Margarine sind Schwesterbetriebe. Ein großer Teil Fette, die zur Seifenfabrikation erforderlich sind, werden auch zur Fabrikation von Margarine benötigt. -Lever Brothers verfügt in den verschiedensten Ländern über eigene Plantagen. Der Trust hat eigene Schiffe zum Wallfischfang, eigene Einrichtungen zur Gewinnung von Tran. Zusammen mit dem Seifentrust von Procter & Gamble ist man dabei, ein Weltmonopol aufzurichten. Die Fusion mit Procter & Gamble ist noch nicht vollzogen, für uns ist erst eine Arbeitsgemeinschaft abgeschlossen. Aber es besteht kein Zweifel, daß Union-Lever und Procter & Gamble eine Einheit werden. Unter den verschiedenen Namen beherrscht die Arbeitsgemeinschaft alle nur nennbaren Oelfabriken in allen Weltteilen, die Grundstoffe für Margarine und Seife liefern.

Das Weltmonopol dieses sich noch ständig ausweitenden Seife-Margarinetrustes bringt natürlich im Gefolge die Stillegung von hunderten Klein- und Mittelbetrieben. Dem öffentlichen Markt in Fetten und Oelen drückt dieses Weltmonopol seine Gesetze auf. Alles was in Tier- und Pflanzenfetten produziert, wird dem Welttrust unterworfen. Jeder Schein von Landesgrenzen wird beiseite geschoben. Preise werden festgesetzt, diktiert, nach oben, nach unten, je nach allgemeiner Weltmarktslage.

Die Aufsaugung und Rationalisierung über alle Landesgrenzen hinweg, wird nicht beim Herstellungsbetrieb stillstehen bleiben. Folgen werden eigene Verkaufshäuser, die wiederum hunderttausende Schmarotzerpflanzen im Bürgertum den Garaus machen werden.

Zur Zentralausschuß-Sitzung

Rheinland-Westfalen.

Entschließung zur allgemein-politischen Lage und zur Taktik der Allgem. Arbeiter-Union.

Die sich durch den Young-Plan, sowie die noch bevorstehenden Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeiterklasse im internationalen Rahmen ergebenden Auswirkungen zwingen das Proletariat, sich mehr wie bisher mit der Frage des Klassenkampfes zu beschäftigen.

Daher verwirft die Konferenz, dem logischen Entwicklungsgang des historischen Materialismus entsprechend, die durch die Nervosität der abgesplitterten Genossen entstandene Tendenz, die eine Beteiligung an Lohnkämpfen, ohne jegliche Voraussetzung für Ausweitung derselben zum revolutionären Klassenkampf, propagiert. Auch die von diesen Genossen getätigten Kompromiß-Bündnisse mit der AAUE. und Industrieorganisationen tragen nur zur Verwässerung des Klassenkampfgedankens bei und stehen daher im Gegensatz zu Programm und Taktik der Allgemeinen Arbeiter-Union. Die Propagandisten dieser Theorie kehren durch diese Methoden ins gewerkschaftliche Fahrwasser zurück und hindern damit die Proletarier an der Beschreitung des Weges, der ihnen durch den Aufbau der Allgemeinen Arbeiter-Union und ihrer revolutionären Taktik den endgültigen Sieg gewährleistet.

Resolution.

In der Erkenntnis, daß die Zusammenfassung der klassenbewußten Teile des Proletariats zur Durchführung der Revolution eine Notwendigkeit ist, bekräftigt die Konferenz erneut ihr Kampfbündnis mit der Kommunistischen Arbeiter-Partei. Beide Organisationen haben getrennte Aufgaben. Die Union ist das Sammelbecken aller Arbeiter, die mit Gewerkschaft und Parlament gebrochen haben und sich zur Diktatur des Proletariats bekennen. Ihre Hauptaufgabe liegt in der Propaganda der Anwendung der revolutionären Kampfmittel auf wirtschaftlichem Gebiet und in der Zusammenfassung der Arbeiter für den revolutionären Massenkampf. Sie ist damit die Klassenkampforganisation des Proletariats.

Die Partei muß ihre Hauptkraft auf die Propagierung des unverfälschten Rätegedankens, auf die Schaffung von Betriebsorganisationen und die Klassenbewußtseinsentwicklung des Proletariats richten.

Die Konferenz verwirft darum die im letzten Rundschreiben von Berlin, Blatt II, vertretene Auffassung, nach der die Kommunistische Arbeiter-Partei „im Rahmen der Allgem. Arbeiter-Union die Klassenkampf-Organisation des Proletariats" verkörpert, die letzter Endes die Selbständigkeit der Allgem. Arbeiter-Union in Frage stellt.

Weil die Allgem. Arbeiter-Union und die Kommunistische Arbeiter-Partei getrennte Aufgaben haben und auch ihr Aufbau verschieden ist, lehnt die Konferenz die Berliner Tendenzen, die darauf hinzielen, die BO. oder Einzelmitglieder an die Partei anzuschließen, ab und verlangt, daß der Aufbau der Organisation jederzeit so durchgeführt wird, wie er im Programm und Organisationsstatut der Allgem. Arbeiter-Union und Kommunistischen Arbeiter-Partei festgelegt ist.

In der Propagierung einer neuen Organisation, wie „Arbeiter-Union" oder „Reichs-BO.", sowie in der Nichtbeachtung der reformistischen Tendenzen der von uns abgesplitterten Genossen, erblickt die Konferenz nur die Ueberwindung eines augenblicklichen Schwächezustandes der Partei.

Obgleich der Name allein für eine Bewegung nicht ausschlaggebend ist, hat doch gerade der Name Allgem. Arbeiter-Union und deren Aufbau seit Bestehen einen gewissen Anklang beim Proletariat gefunden. Die Konferenz besteht deshalb auf die Beibehaltug dieses Namens.

Außerdem erblickt die Konferenz in der Korrespondenz des Reichs-Arbeits-Ausschuß mit den einzelnen Ortsgruppen eines selbständigen Bezirks eine Einmischung in die organisatorische Tätigkeit des Bezirks-Arbeits-Ausschusses, das nur zur Desorganisation dieses betr. Bezirks führt. Die Konferenz verlangt darum, daß alle Schreiben usw. (außer Zeitung) über den Bez.-Arb.-Ausschuß geleitet werden.

KPD.-Oberbürgermeister Weber in Solingen wird bestätigt, wie der „Soz. Pressedienst" schon jetzt zu melden weiß. Die SPD. hat das selbstverständlich schon vorher gewußt. Sie hätte sonst nicht einen KPD.-Mann nicht ihre 8 Stimmen gegeben. Die KPD. ist im Solinger Stadtparlament mit 16 Mandaten die größte Partei und erhielt den Oberbürgermeisterposten, weil sie sich für die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ordnung bereiterklärte.

Bücher-Ecke

Freidenker-Literatur.

Bakunin, Freidenkertum	brosch. 1.— M.
Brown, Kommunismus und Christentum	geb. 3.— „
Corvin, Pfaffenspiegel	geb. 3.— „
Fereal, Geheimnisse der Inquisition	geb. 4.— „
Ferch, Zölibat	kart. 1.75 „
Flörke, Das Kirchentum	geb. 3.50 „
Henel, Thron und Altar ohne Schminke	kart. 1.50 „
Sommer, Geschichte der Religionen, 4 Bde.	brosch. 3.80 „
Wendel, Die Kirche in der Karikatur	geb. 3.— „
Die Klöster der Christenheit	geb. 2.50 „
Kultur-Bilder.	
Conradi, Geschichte der Revolutionen, 2 Bde.	geb. 10.— M.
— Völkerschlachten und Klassenkämpfe, 2 Bde.	geb. 1.50 „
Henel, 400 Jahre Schindluder	geb. 5.— „
Schultz, Blut und Eisen, 2 Bde.	geb. 8.— „
Moderne Sexualwissenschaft.	
Hirschfeld, Empfängnisverhütung	brosch. 1.25 M.
Hodan, Bub und Mädel	kart. 2.60 „
— Geschlecht und Liebe	geb. 11.— „
— Sexualelend und Sexualberatung	geb. 14.— „
Nemilow, Die biologische Tragödie der Frau	brosch. 2.50 „
Rühle-Gerstel, Sexual-Analyse	kart. 3.50 „
	geb. 5.— „
Winter, Abtreibungsseuche	kart. 3.50 „
— Abtreibung oder Verhütung der Schwangerschaft	brosch. —.50 „

Zu beziehen durch die Buchhandlung für Arbeiterliteratur Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: W. Tietz, Berlin. Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, W. Iszdonat, Berlin O 17.

11. Jahrg Nr. 6

Preis 15 Pf.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur", Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Moritzplatz Nr. 7632.

Berlin, 8. Februar 1930

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Pl. 13.

Bei Bezug unter Streifband vierteljährlich 2,50 Mk. bzw. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,50 und monatlich 0,88 Mk. Erscheint wöchentlich einmal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Der Rückzug der KPD.

Es ist wieder still geworden. Die Demonstrationen der KPD. haben sich als eine harmlose Angelegenheit erwiesen. Der Bezirkskongreß der „Gewerkschaftsopposition", der gewissermaßen als der politische Konzentrationspunkt der aufgeblähten Revolutionsromantik gedacht war, hat sich selbst nicht erfüst genommen und ist auseinandergelaufen wie er zusammengekommen war; ein wirrer Haufen, organisatorisch und politisch Entwurzelter, die nicht wissen was sie wollen. Es sollen unter ihnen auch fünf gewesen sein, die sich als KAPD.-Mitglieder aufspielten. Möglich, wir wissen das nicht. Die KAPD. ist kein Sammelsurium politischer Speckjäger und hat schon manch einem den Stuhl vor die Türe gesetzt. Die KPD. und ihre „KAPD.-Delegierten" spekulieren darauf, ihren Bankerott mit etwas KAPD.-ismus zu garnieren, damit das Fressen, das sie ihren Nachläufern hinsetzt, etwas schmackhafter erscheinen mag. Begreiflich!

So nebensächlich die Sache erscheint, so ist sie doch charakteristisch. Sie, wurde Pate „Rote Fahn" vor einigen Wochen — noch Tagen! — las, wurde belehrt, daß wir kurz vor dem revolutionären Aufstand stehen. Die Massen waren angeblich kaum mehr im Zügel zu halten. Der politische Massenstreik als Auftakt zum bewaffneten Aufstand war nur noch eine Frage des auf-den-Knopfdrückens. Das Sowjetdeutschland stand vor der Türe. Sturmriemen unters Kinn! — war der letzte Befehl.

Wer in Berlin durch die Sklavenmärkte der Arbeitsnachweise ging, merkte nichts von dem in der „Roten Fahne", so dick aufgetragenen „Kampfgeist". Trotz des grauenhaften Elends; trotz des Massenmordes durch die sogenannte „Fürsorge", trotz der ungeheuerlichsten Massenbelastungen durch Steuern, Verkehr, Tarife, Mieten, bleiben die Massen passiv und stumm. Was vorging, war künstliches Theater, inszeniert von der KPD.

Und als der erste Tag hernnahte, entpuppte sich die ganze „Aktion" wieder einmal als ganz gewöhnlicher Bluff.

Ein Partei, die sich auf diese Weise — daß sie nicht weiß, was ist, daß sie sich wie ein Narr gebärdet, wo politische Verantwortung das Gebot der Stunde sein muß, daß sie dem wirklichen Massenwillen, der wirklichen Lage gegenübersteht wie ein phatalogischer Narr — um den letzten Rest von politischem Ansehen und Kredit bringt, wäre eigentlich erledigt, wenn bei den Mitgliedern dieser Partei noch ein Rest von politischem Gefühl vorhanden wäre. Wir geben zu, daß dies nur in verschwindend geringem Maße vorhanden ist, und deswegen verträgt die KPD. noch mehr als eine solche Blamage. Aber der endgültige, restlose Kladderadatsch wird dadurch letzten Endes doch nur beschleunigt, weil politische Impotenz jedes Gefühl der Selbstbesinnung und der Selbstkritik, und damit einer politischen Gesundung so restlos erstickt, daß nur das völlige Chaos das endliche Erwachen bringen wird.

Das Erwachen darüber, daß die parlamentarische Putsch- und Blufttaktik das Klassenbewußtsein der Arbeiter nicht weckte, nicht entwickelte, die Kampfkraft der Arbeiter nicht stärkt, sondern das revolutionäre Wollen der Arbeiterklasse deprimiert und untergräbt.

Es ist billig, die Hetze der Bourgeoisie gegen das Proletariat zum Anlaß zu nehmen, um die eigene Unfähigkeit abzuwälzen. Jeder Arbeiter begreift heute, daß die Bourgeoisie den Kommunistenschreck gebraucht, um ihre mörderischen Pläne durchführen zu können. Jeder Arbeiter begreift heute, daß die Stampferpartei, die Partei der demokratischen Korruptlinge eine Kommunistenhatz gebraucht, um von ihren eigenen Schandtaten abzulenken. Und es ist nichts leichter, als diese Demagogie an Hand der wirklichen Lage zunichte zu machen.

Aber dazu ist nötig, den Arbeitern zu sagen, wie die Dinge liegen. Eine Ordnung, die Millionen Menschen verhungern lassen muß — weil zu viel von dem, nach dem die Hungernden schreien, produziert wird! — ist bankrott, und zwar auf verschiedenen Linien. Der wirkliche, jedem Arbeiter sichtbare auf der Hand liegende Bankerott der kapitalistischen Ordnung ist die Basis, die den Arbeiter zum Nachdenken bringt. Daraus folgten den Arbeiter zum Nachdenken bringt. Daraus folgten die Ablenkungsmanöver der SPD. und der Bourgeoisie. Daraus folgt die Rüstung zum Bürgerkrieg, daraus folgt die Hetze gegen das Proletariat, daraus folgen Belagerungszustand und „Republikschutzgesetz", als etwas — vom Standpunkt der Geldsackrepublik — ganz natürliches. Und die Antwort der Arbeiter kann nur sein die proletarische Gegenwehr, die solidarische Aktion gegen die Bourgeoisie und ihre Knechte.

Die Arbeiter jedoch müssen über die Mittel ihrer Aktion im klaren sein. Ihr erste und schärfste Waffe ist der politische Massenstreik, aber nur in der Erkenntnis durchgeführt, daß der ernste Wille des Proletariats dahinter stehen muß, und daß er uns der Auftakt zur weiteren Auseinandersetzung mit der Bourgeoisie ist. **Die Frage des politischen Massenstreiks ist eine Frage der Betriebe.** Wenn die Severing und Siemens und Hugenberg sehen, daß die Betriebe beginnen, von dieser Waffe Gebrauch zu machen, werden ihnen ihre billigen Mätzchen bald vergehen. Dem Proletariat muß deutlich und jeden Tag gesagt werden: Die Entscheidung liegt bei euch, Tag gesagt werden: Die Arbeiter in den Betrieben und nur bei euch. Wenn die Arbeiter in den Betrieben beginnen, ihre Klassengenossen selbst aufzurufen: Massenstreik gegen das Republikschutzgesetz, gegen die Schlichtungsordnung, gegen die „Reform" der Erwerbslosenversicherung, — es laufen ja alle Maßnahmen der Bourgeoisie auf einen Punkt zusammen — und die Arbeiter beiter sind willens, ihre Worte in die Tat umzusetzen, dann kann Zörgiebel sich mit seiner gewerkschaftlich organisierten Polizei in den Straßen dumm rennen, er setzt keine Räder in Bewegung.

Die KPD. sagt den Arbeitern nicht, daß nur durch die Entschlossenheit der proletarischen Klasse der Anfang zur Gegenwehr gemacht wird. Sie sagt ihnen auch nicht, daß **keine** Partei etwas für das Proletariat tun kann, wenn das Proletariat nicht kämpft. Sie sagt den Arbeitern nicht, daß eine Partei den Massenwillen der Arbeiter keinem einzigen Betrieb die Frage: „Seit ihr bereit bei Proklamierung des Generalstreiks den Betrieb stillzulegen?" Sie bringt täglich einige Seiten Kriegsberichte und wiegt die Arbeiter in der Illusion, daß sie den „Laden schmeißt". Die KPD. ist immer auf der Jagd nach „Erfolgen", um ihre eigenen Anhänger in Bewegung zu halten. Für die KPD. ist die Frage der Vorbereitung des politischen Massenstreiks eine Parole, eine Agitationsphrase, ein Wortgeklingel.

Denn wenn die Arbeiter begreifen würden, daß wir ja, die Arbeiter in den Betrieben die Kraft sind, die Offensive der Bourgeoisie zu brechen, was soll dann — würden sie mit Recht fragen — eine parlamentarische Partei und ihre Seifenblasenpolitik im Interesse der Bonzen? Wenn das Proletariat, gestützt auf die Verantwortlichkeit der eigenen Tat, seine Gegenaktion organisiert, dann ist der nächstliegende ganz einfache Gedanke: die organisatorische Erfassung der Arbeiter in den Betrieben, die Schaffung von Betriebsorganisationen und mit ihnen die Verbindung der proletarischen Klasse von Betrieb zu Betrieb zu einer umfassenden Einheit der Klasse. Eine Partei kann verboten werden, das **Proletariat kann nicht „verboten" werden.** Es muß und wird lernen, daß die ernsthafte Auseinandersetzung mit der Bourgeoisie nur unter den Ausnahmegesetzen des Geldsackes geführt werden kann, und daß die Verständigung des Proletariats für seinen Kampf und die aus diesem Kampf täglich neu sich regelnden Aufgaben nur durch das Proletariat selbst möglich ist. Die antiparlamentarische, revolutionäre Kampfpartei des Proletariats ist nur das Kollektivhirn der kämpfenden Klasse, der Zusammenschluß der opferbereitesten, weitsichtigsten Kämpfer der Klasse, die in jeder Situation den Weg hinausweist aus lokalen Beschränktheiten, die das Wollen der Arbeiterklasse versucht auf die zusammenklingende Basis der allesverbindenden Aktion zu bringen, für die Einheit der Aktion zu kämpfen, als Mitglieder der Klassenorganisation.

Die letzte Blamage der KPD. beweist wieder einmal zur Genüge, daß Putsch und parlamentarischer Kretinismus Zwillingsbrüder sind, die ohne einander nicht leben können.

Wie viele „Kongresse der Werktätigen", „Betriebsrätekongresse", „Kongresse der Gewerkschaftsopposition" werden noch kommen müssen, um einen Korb voll gefaßter Beschlüsse der verzeihenden Vergessenheit zu überantworten? Wie viel Narren — die in großem Bogen aus den Gewerkschaften flogen und nicht wieder aufgenommen werden — werden sich noch austoben können: hinein in die Zörgiebelgewerkschaften? — ehe das Proletariat begreift, daß die Zeit gekommen ist, wo es gilt mit den Geistern der Vergangenheit zu brechen, und — von den Bedingungen der Wirklichkeit ausgehend, — die ideologischen und organisatorischen Fundamente zu legen, um den Kapitalismus zu stürzen durch die Aktion der Massen von unten auf?

Und wie viel Krisen der KPD. werden wir noch erleben, wie viel lächerliche, doch so unglaublich lächerliche Diskussionen um die richtige „Linie"?

Denn die letzte Linie erwies sich doch auch wieder als „Abweichung", und die Krise ist unvermeidlich. Oder der damit verbundene Führerwechsel kann wegen Mangel an Personen nicht mehr durchgeführt werden. Das ist auch möglich.

Mitgliederversammlung Groß-Berlin.

Am Freitag, den 14. Februar 1930, abends 7,30 Uhr findet eine Groß-Berliner Mitgliederversammlung in den Andreas-Festsälen, Andreasstraße, statt.

Wegen der wichtigen Tagesordnung ist jeder Genosse unbedingt verpflichtet, pünktlich zu erscheinen.

Kommunismus

Wie die KPD. ihn auffaßt — ist Faschismus.

Wie wertvoll die Soldatspieler der KPD. für Kapital und Staat ist, das anerkennt voll die „Deutsche Allgemeine Zeitung", die dem Schwerkapital gehört und mit Reichsmitteln arbeitet. Das Blatt setzt sich in seiner Nr. 56 mit der SPD. auseinander und kommt dann auch auf die KPD. Es schreibt:

„Was die Kommunisten betrifft, so haben sie in bestimmten Grenzen für das staatliche Leben eine nützliche Funktion . . . sie sind für den bürgerlichen und kapitalistischen Staat sogar ein wertvolles Werkzeug, als sie . . . als prinzipielle Gegner des Pazifismus in ihrer Weise für den Gedanken der Wehrhaftigkeit in den Kreisen wirken, die solchen Bestrebungen der Staatspolitik sonst schwer erreichbar sind . . ."

Die „DAZ." und das Schwerkapital weiß sehr wohl, daß die militaristischen Truppen der KPD. im Falle eines Krieges für die Profitinteressen als Kanonenfutter einspringen, weil ja Deutschland und Rußland verbündete Staaten sind. Die KPD. ist wohl grundsätzlicher Gegner des Pazifismus, nicht aber des Kapitalismus, dem sie durch ihre Existenz als des RFB.-Tamtams wertvolle Dienste leistet, wie ihr das vom Kapital durch seine „DAZ." bestätigt wird.

Englische Justizbarbarei.

Selbstmord eines Londoner Gefangenen vor der Züchtigung durch Peitschenhiebe.

L o n d o n, 3. Februar. Großes Aufsehen erregt in der Presse der heute erfolgte Selbstmord eines Gefangenen im Gefängnis von Wandsworth, der am letzten Freitag im Old-Bailey-Gericht wegen Angriffs auf zwei Kassierer zu zehn Jahren Zuchthaus und 15 Peitschenhieben verurteilt worden war. („Vorwärts", 4. Februar.)

Englischer „Justizmnister ist ein sozialdemokratischer Gewerkschaftsbeamter. — Die „Arbeiterregierung" hat noch nicht einmal den Versuch unternommen, die Prügelstrafe zu beseitigen.